

Bezugspreis: Vierteljahr 105 - M., monatlich 35 - M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 12. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Antwort der Russen.

Die Antwort der russischen Delegation auf das zweite Memorandum der Entente ist gestern endlich nach tagelangen ...

Ein klares Ja oder Nein ist aus der Note nicht herauszulesen. Sie schlägt keine Türen zu, zeigt aber auch ...

In der Note wird vorgeschlagen, für die Erörterung der russischen Frage eine neue Konferenz anzuberaumen, deren Ort und Zeit vorher zu bestimmen sind ...

Allerdings darf man nicht vergessen, daß zu diesen wesentlichen Aufgaben auch eine Lösung der Reparationsfrage gehört. Lloyd George hat auch dieses Problem mit ...

Genua, 11. Mai. (W.B. Sonderbericht). Die Antwort der russischen Delegation auf das Memorandum vom 2. Mai ...

einen Rückschritt bedeutet.

Gleichzeitig bildet der Inhalt des Memorandums vom 2. Mai eine deutliche Abweichung der von Genuaer Konferenz durch die ...

Als die einladenden Staaten Rußland gleichzeitig mit den anderen Staaten auf die jetzige Konferenz beriefen, motivierten sie ...

Industrie 150 Millionen Verbraucher und unendliche Mengen von Rohstoffen zurückgeben und dadurch zur Erleichterung der durch den Weltkrieg, die Intervention und die Blockade entstandenen Krise, der Arbeitslosigkeit und Trostlosigkeit beitragen würde.

Gemäß der Einladung von Cannes ist die russische Delegation nach Genua mit einer ganzen Reihe von Plänen und Vorschlägen betr.

die Kredite und Anleihen

gekommen, welche Rußland nötig hat und für welche es reale Garantien bietet, sowie mit einer Aufzählung der bereits in der russischen Befehlsgewalt verwirklichten rechtlichen Garantien, welche Angehörigen fremder Staaten, die Rußland ihre technischen Kenntnisse und ihre Kapitalien zu bringen wünschen, die Achtung ihres Eigentums, ihrer Rechte und der Erträge ihrer Unternehmungen sichern sollen.

Aber bis zum heutigen Tage ist diese wichtigste Seite des russischen und des weltwirtschaftlichen Problems noch nicht einmal berührt worden. Die Bemühungen der russischen Delegierten, diese Frage vor den Sachverständigen-Ausschuß für die Prüfung der russischen Fragen zu bringen, sind auf unbesiegbaren Widerstand gestoßen.

Die Bezahlung der Staatsschulden und der privaten Ansprüche anzuerkennen. Diese Methode mußte den wichtigsten Teil der Konferenzarbeiten zur Fruchtlosigkeit verurteilen.

Infolge dieses Grundfehlers sind die allgemein interessierenden Probleme der Zukunft den Interessen der Vergangenheit untergeordnet, Interessen, die nur gewisse Gruppen von Ausländern berühren. Die Versicherung, daß die Anerkennung der Schulden der früheren russischen Regierung und der Privatansprüche die unumgängliche Bedingung für die Mitarbeit des ausländischen Kapitals bei der Wiederherstellung des Kredites des neuen Rußlands sei, steht im Widerspruch mit der Tatsache, daß manche ausländischen Kapitalisten Rußland schon vor Regelung der Schuldenfrage ihre Mitarbeit gewährt haben.

Nicht diese oder jene Lösung dieser Frage ist imstande, die Kapitalien nach Rußland fließen zu lassen, sondern vielmehr Sicherheiten, welche die russische Regierung für die Zukunft bieten kann, sowie die internationale Konsolidierung dieser Regierung, die aus ihrer de jure-Anerkennung sich ergeben wird.

Der Verdacht, den man auf die Haltung der russischen Regierung gegenüber den zukünftigen Gläubigern von Rußland zu werfen sucht, weil diese Regierung nicht mit geschlossenen Augen die drückenden Vorschläge anzunehmen bereit ist, hat durchaus interessierte Motive. Die Nichtanerkennung der von dem durch das Volk verabschiedeten früheren Regime ausgenommenen Schulden und Zahlungsverpflichtungen kann in keiner Weise die Haltung des aus der Revolution hervorgegangenen sowjetistischen Rußlands denen gegenüber präjudizieren, die mit ihren Kapitalien und ihren technischen Kenntnissen bei seiner Wiederherstellung hilfreiche Hand leisten würden.

daß die Delegation nur Verpflichtungen einzugehen willens ist, von denen sie sicher ist, daß Rußland sie auch halten kann.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß mehr als ein unter den auf der Konferenz vertretenen Staaten in früheren Zeiten Schulden und Zahlungsverpflichtungen, die von ihm aufgenommen bzw. eingegangen worden waren, nicht anerkannt und daß mehr als ein Staat Bestitzer ausländischer Staatsangehöriger oder auch seiner eigenen Landesländer beschlagnahmt und sequestriert hat, ohne daß sie deswegen Gegenstand des jetzt dem sowjetistischen Rußland gegenüber zur Anwendung gebrachten Ostrakismus gewesen wären.

Die Hartnäckigkeit, mit der besonders gewisse Mächte Rußland von dem internationalen wirtschaftlichen und politischen Leben auszuschließen und ihm die Gleichheit der Behandlung vorzuenthalten versuchen, ist durch die Nichtbefriedigung gewisser Forderungen finanzieller Natur nur schwer zu erklären.

im Spiele seien. Die Vorfälle der lehtverfloffenen Tage, besonders anlässlich der Forderung der Rückgabe der nationalisierten Besitztümer an ihre früheren Eigentümer zeigen auf das deutlichste, daß hier zu der rein materiellen

eine politische Frage aufgepöpselt

wird. Der Kampf, der in Genua um das russische Problem ausgefochten wird, geht weiter und geht höher hinaus.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen geht die Note zu der Prüfung des Memorandums im einzelnen über. Das Dokument, das 15 Schreibmaschinenseiten umfaßt, enthält viele Abschweifungen und Polemiken. Wir lassen es mit einigen Streichungen an dieser Stelle folgen.

Prüfung der Einleitung des Memorandums.

Der politische und soziale Rückschritt, der in den meisten Ländern auf die Kriegsjahre gefolgt ist, sucht in der Niederlage des sowjetistischen Rußlands, welches die kollektivistischen Tendenzen der Gesellschaftsorganisation darstellt, den vollkommenen Triumph des kapitalistischen Individualismus.

In ihrem am 20. April an Herrn Lloyd George gerichteten Briefe macht die russische Delegation bedeutsame Zugeständnisse, indem sie allerdings gleichzeitig die Frage der der russischen Regierung zu gewährenden Kredite und Anleihen aufrollt.

Die russische Delegation hat die russische Delegation letzteren um eine ins Einzelne gehende Prüfung dieser Frage ersucht. Wie oben bemerkt, hat jedoch der Sachverständigenausschuß diesen Vorschlag zurückgewiesen. Diese Frage, welche für Rußland von so bedeutendem Interesse ist, findet auch in dem Memorandum vom 2. Mai keine Beantwortung.

nur von der Regierung selber nach einem vorher festgelegten Plan in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Die russische Delegation hat die Absicht, der Konferenz diesen von den kompetenten Männern der Wissenschaft und der Industrie ausgearbeiteten Plan vorzulegen.

Prüfung der Klausel Ia.

Verbot umstürzlerischer Propaganda.

Die russische Delegation stellt nicht ohne ein gewisses Erstaunen folgenden auffälligen Kontrast fest, nämlich daß in dem Memorandum vom 2. Mai der Kernfrage vom Wiedererheben Rußlands nur allgemeine und keinerlei präzise Vorschläge in sich schließende Erwägungen gewidmet sind, während sich die Frage der Regulierung der Staatsschulden und der privaten Forderungen in der Form eines Kontraktes präsentiert, in dem man auch die allergeringfügigsten Einzelheiten voranzusehen sich bemüht hat.

ganda, hervorhebt, erteilt es ihr gleichzeitig eine neue Bedeutung und macht aus ihr eine einseitige Verpflichtung für Rußland. Und doch hat die russische Regierung mehr als einmal bewiesen, daß die wahre umfängerische Propaganda von gewissen Nachbarländern, die sogar zu den Unterzeichnern des Memorandums gehören, durch die Organisation und Ausübung bewaffneter Banden betrieben worden ist.

Indem das Memorandum besagter Canner Bedingung abermals eine erweiterte Auslegung gibt, verlangt es von Rußland, „auf seinem Hoheitsgebiet jeden Versuch zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern zu unterdrücken“. Wenn aber das Memorandum mit dieser Formel

die Tätigkeit der politischen Parteien oder der Arbeiterorganisationen zu unterjochen beabsichtigt, kann die russische Delegation dieses Verbot nicht dulden, es sei denn, daß die staatliche Möglichkeit mit den Landesgesetzen in Widerspruch steht. Mit derselben Klausel verlangt das Memorandum von Rußland, „es solle sich jeder Handlung enthalten, die den politischen oder territorialen Status quo in anderen Staaten stören könnte“. Die russische Delegation erachtet diesen Vorschlag für einen verschleierte Versuch, Rußland dazu zu bringen, die mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge anzuerkennen. Indessen ist dies eine politische Frage, welche Rußland im gegebenen Augenblick mit den in Frage kommenden Mächten zu besprechen bereit ist.

Eine weitere politische Frage, die künstlich in das Memorandum hineingebracht worden ist, ist diejenige der Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland, die in Klausel XIII behandelt ist. Da diese Frage zu dem Gesamtkomplex der zwischen Rußland und Rumänien strittigen politischen, territorialen und sonstigen Fragen gehört, kann sie nicht getrennt behandelt werden.

### B. Wiederherstellung des Friedens in Kleinasien.

Aber die russische Delegation spricht insbesondere ihre Ueberzeugung darüber aus, daß im Memorandum die Frage des Friedens in Kleinasien aufgeworfen wird. Sie ist dadurch um so mehr überrascht, als die Türkei, obgleich Rußland vorgeschlagen hatte, sie möchte zu der Konferenz in Genua eingeladen werden, von der Teilnahme ausgeschlossen wurde. Gerade die Anwesenheit der Türkei auf der Konferenz würde besonders zur Wiederherstellung des Friedens in Kleinasien beigetragen haben. Rußland würde seinerseits im Hinblick auf seine engeren freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei zur Erreichung des erstrebten Zieles beigetragen haben.

Was die Forderung des Memorandums vom 2. Mai betrifft, daß Rußland in dem auf türkischem Gebiete geführten Kriege strikte Neutralität beachten solle, so kann es sich nur um die Neutralität handeln, die das internationale Recht und die internationalen Verträge von allen Mächten fordern.

### Finanzielle Klauseln.

Bezüglich der anderen Klauseln des Memorandums muß die russische Delegation die Bemerkung machen, daß die Gesamtheit der Forderungen, die darin dargelegt werden, auf die durch die russische Revolution hervorgerufenen Veränderungen zurückzuführen ist. (Folgt eine längere Auseinandersetzung über die naturrechtlichen Folgen, die sich aus gewaltsamen politischen Umwälzungen ergeben. Als historische Beispiele werden die französische Revolution und die Lösung der Vereinigten Staaten von England und Spanien angeführt.) Es heißt dann weiter:

Entsprechend diesen Verhältnissen kann Rußland nicht verpflichtet sein, irgendwie eine Verantwortlichkeit gegenüber den auswärtigen Mächten und ihren Staatsangehörigen bezüglich der Annullierung der öffentlichen Schulden und der Nationalisierung des Privatigentums zu übernehmen.

Eine andere Rechtsfrage: Ist die russische Regierung verantwortlich für die Gütern, Rechten und Interessen fremder Staatsangehöriger infolge des Bürgerkrieges zugefügten Schäden, soweit diese nicht durch Handlungen der Regierung selbst (Annullierung der Schulden und Nationalisierung des Eigentums) zugefügt worden sind? Auch hier spricht wieder die juristische Doktrin durchaus zugunsten der russischen Regierung. Die Revolution ebenso

wie alle großen Volksbewegungen sind als Force majeure angesehen und gibt somit denjenigen, die dadurch gelitten haben, keinen Anspruch auf Entschädigung. (Folgt historische Vergleiche.)

### Die Bedingungen von Cannes.

Somit ist also in rechtlicher Beziehung Rußland in keiner Weise gebunden, Schulden der Vergangenheit zu zahlen, Güter zurückzugeben oder die vormaligen Eigentümer zu entschädigen, ebensowenig dazu, Entschädigungen für andere von fremden Staatsangehörigen durch die Befreiung, welche Rußland sich in Ausübung seiner Souveränität gegeben hat, oder durch die revolutionären Ereignisse erlittenen Schäden zu zahlen. Dennoch hat Rußland aus verständlicher Gefinnung und, um zu einem Einvernehmen mit allen Mächten zu gelangen, das in der dritten Bedingung von Cannes enthaltene Prinzip unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit angenommen. Uebrigens ist die Gegenseitigkeit, d. h. die Verpflichtung für jede Regierung Erfolg für die Schäden zu leisten, die durch ihre Taten oder Unterlassungen verursacht worden sind, bestätigt worden in der offiziellen Interpretation, die der dritten Bedingung von Cannes gegeben worden ist, und wovon bereits in dem ersten russischen Memorandum die Rede war.

Unter Ausschluß der Kriegsschulden, die einen ganz besonderen Ursprung haben und die durch die Tatsache, daß Rußland die Beteiligung am Kriege ausgegeben, an der Teilung seiner Gewinne nicht teilgenommen hat und somit seine Kosten nicht übernehmen konnte, erloschen waren, hat die russische Delegation sich bereit erklärt, der Zahlung der öffentlichen Schulden zuzustimmen unter der Bedingung, daß die Rußland durch die Intervention und durch die Blockade zugefügten Schäden anerkannt würden. (Folgt juristische und historische Auseinandersetzungen.)

Es heißt dann weiter: Aber in dem Wunsche, eine praktische Einigung zu erzielen, ist die russische Delegation in Verfolg der Unterredungen, die in Villa Albertin stattgefunden haben, auf den Weg der weitestgehenden Konstruktionen eingetreten und hat sich bereit erklärt

#### bedingungsweise auf ihre Gegenforderungen zu verzichten

und die Verpflichtung der vergangenen Regierungen anzuerkennen, im Austausch für eine Reihe von Konzessionen der Mächte, deren wichtigste die zur Verfügung-Stellung realer Kredite bis zum Betrag einer im voraus festzusetzenden Summe an Rußland ist. Ungünstigerweise ist diese Verpflichtung der Mächte nicht eingehalten worden. Das Memorandum sagt nichts von den endgültigen Krediten, die die Signatäre bereit waren, der russischen Regierung zu gewähren, und die Kredite, die sie versprochen ihren Untertanen zu gewähren, um in Rußland Handel zu treiben, haben nur fakultativen Charakter.

In gleicher Weise läßt das Memorandum die Frage der Kriegsschulden vollkommen offen, deren Annullierung eine der Bedingungen für den Verzicht Rußlands auf seine Gegenforderungen war. Das Memorandum stellt im Gegensatz zu dem Memorandum von London das Moratorium und die Annullierung der Zinsen der Vorkriegsschulden in gleicher Weise zur Diskussion, indem es die endgültige Entscheidung dieser Frage der Zuständigkeit eines Schiedsgerichts überweist, anstatt in dem Vertrage selbst festzulegen. In gleicher Weise erkennen die Unterzeichner des Memorandums an, indem sie sich von ihren Verpflichtungen lösen, daß die Gegenpartei gleichfalls ihrer Verpflichtung entbunden ist. Auf diese Weise sind die mühevollen Besprechungen, die zum Uebereinkommen von Villa Albertin geführt haben, zunichte gemacht worden. Die russische Delegation will nicht diejenigen Mächte ausfindig machen, auf die dafür die Verantwortung fällt, aber auf jeden Fall ist es nicht Rußland. Die Besprechungen sind noch schwerer gemacht worden durch die Hartnäckigkeit gewisser Staaten, durch den Artikel VII Verpflichtungen, die im Gegensatz zu seinem sozialen System und dem Artikel I der Resolution von Cannes stehen, aufzuerlegen.

### Die privaten Interessen.

Die Klausel VII beginnt mit einer schönen Einleitung, die Rußland das Souveränitätsrecht zuerkennt, im Innern seines Lan-

des, wie es will, seine Eigentumsformen, sein wirtschaftliches System und seine Regierung zu organisieren. Aber derselbe Text der Klausel steht im Widerspruch mit seiner Einleitung. Die Souveränität des russischen Staates wird das Spiel des Zufalls. Sie kann durch die Entschädigungen eines gemischten Schiedsgerichtshofes schmachtend gelöst werden. Der Schiedsgerichtshof setzt sich zusammen aus vier fremden und einem Russen, welche letzten Endes entscheiden, ob die Interessen der Ausländer wieder hergestellt, zurückgegeben oder entschädigt werden sollen.

Hierzu muß die russische Delegation bemerken, daß bei der Prüfung von derartigen Streitfragen die einzelnen Meinungsverschiedenheiten in verhängnisvoller Weise dazu führen werden, die eine gegen die andere von zwei Eigentumsformen zu stellen, deren Widerstreit heute zum ersten Male in der Geschichte einen realen und praktischen Charakter annimmt. Unter diesen Bedingungen kann es sich nicht um einen unparteiischen obersten Gerichtshof handeln, und nach dem Sinne der Klausel VII würde die Rolle des obersten Schiedsrichters in verhängnisvoller Weise durch die andere interessierte Partei gespielt werden, was unfehlbar zum Eingreifen der Fremden in die inneren Angelegenheiten Rußlands führen würde, und dem gleich käme in der Praxis, die im Anfange der Klausel VII anerkannte Unverletzlichkeit der in Rußland bestehenden Eigentumsform zu unterdrücken.

Im übrigen spricht die russische Delegation der Klausel VII jeden praktischen Charakter ab. Ihre Anwesenheit in dem Memorandum vom 2. Mai kann sich nur erklären aus dem Verlangen, gewissen Klagen und Parteigefühlen Genugtuung zu geben, und in keiner Weise aus dem Resultat einer entsprechenden Kenntnis der Sachlage in Rußland. (Werden die Folgen der Klausel VII des weiteren ausgeführt.)

Weiter heißt es: Die russische Regierung hat ihrerseits, um den ehemaligen Eigentümern der nationalisierten Güter die Möglichkeit zu geben, ihre technischen Kenntnisse und ihre Kapitalien bei der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Rußlands zu ihrem eigenen Vorteil zu verwenden, denselben ein Vorzugsrecht zuerkennen in allen den Fällen, wo ihre ehemaligen Besitztümer in Konzession gegeben werden sollen, sei es unter der Form der Pacht oder der Form einer gemischten Gesellschaft, gebildet vom Staat und dem ausländischen Kapital, sei es unter jeder anderen Form, die die Teilnahme des Auslandes vorzieht. (Folgt ein Ausfall auf das Memorandum, der sich hauptsächlich gegen Frankreich richtet.) Die russische Delegation kann sich nicht enthalten, ihrer Ueberraschung Ausdruck zu geben, daß Mächte wie Frankreich, welche am meisten Kleinrenten russischer Anteile zählten, sich am hartnäckigsten in der Frage der Rückzahlung des Eigentums gezeigt haben und in dieser Weise die Interessen der Kleinrentenbesitzer einiger Gruppen, welche diese Rückzahlung des Eigentums fordern, unterordnen.

### Schlussfolgerungen und Vorschläge.

Die russische Regierung hat ihre Vertreter auf die Konferenz von Genua geschickt in der Hoffnung, hier mit den anderen Staaten zu einer Einigung zu gelangen, welche, ohne an das als Folgen der Revolution und der siegreich zurückgewiesenen Interventionen aufgelegte soziale und politische Regime zu rühren, nicht zu einer Erschwerung, sondern zu einer Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Rußlands führen und gleichzeitig den Weg zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas freimachen würde. Aber dieses Ziel setzte voraus, daß die fremden Mächte, welche die bewaffnete Intervention in Rußland organisiert haben, darauf verzichten würden, zu Rußland im Tone eines Siegers gegenüber einem Besiegten zu sprechen — Rußland ist nicht besiegt worden! Die einzige Tonart, welche zu einem gemeinsamen Abkommen führen könnte, wäre diejenige, die unter Mächten, die miteinander auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln, üblich ist.

Rußland bleibt, um zu einer Einigung zu gelangen, bereit, den fremden Mächten ernsthafte Konzessionen zu machen, aber durchaus nur unter der Bedingung, daß diesen Konzessionen gleichwertige Konzessionen des anderen Teiles zugunsten des russischen Volkes entsprechen. Das russische Volk

## Das liest sich so schön!

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Ich lernte sie ganz zufällig kennen. Ihr Heim war äußerst geschmackvoll ausgestattet. Sie kleidete sich nach der neuesten Mode, ohne jedoch durch Uebertreibungen aufzufallen. Sie spielte gut Klavier und hatte eine schöne Stimme. Ueber bildende Künste plauderte es sich trefflich mit ihr. Sie hatte viel gelesen, auch mancherlei über Sozialismus und Kommunismus.

Als sie meine Vorlesungsbücher erfuhr, brachte sie ein Heft herbei und sagte: „Das müssen Sie einmal lesen. Der Verfasser ist ein guter Freund von mir. Er hat mir dieses Exemplar zugeeignet und mit einer handschriftlichen Widmung versehen.“ — Ich blätterte ein wenig in der Broschüre. Der Stil war glänzend. Selbstreich machte der Verfasser ganz entschieden sein. Irgendwelche Beziehungen zum Leben, wie es in Wirklichkeit ist, schien er aber nicht zu haben. Ich hielt ihn für einen radikalen Schwärmer.

„Was sagen Sie zu dem, was Ihr Freund in dieser Schrift ausgeführt hat?“ fragte ich meine Gastgeberin. Ohne Zögern antwortete sie: „Von dem, was in dem Heft steht, unterstreiche ich jedes Wort!“ Sie hatte auch mancherlei unterstrichen! z. B. in der Einleitung folgenden Satz: „Alles, was die kapitalistische Epoche an sogenannten Kulturgütern herorgebracht hat, und alles, an dem sich die Angehörigen der sogenannten besseren Kreise ergötzen, und womit sie — bildlich wie wörtlich — ihre Wohnräume anfüllen, ist morsch und muß zugrunde gehen; je eher, um so besser!“ Das las ich. Dann sah ich auf den kostbaren Flügel, auf dem ich ihr vorhin den langlamen Satz aus Brahms' gewaltiger F-Moll-Sonate vorgespielt hatte, auf das Tischbesteck vor dem Belegel, auf die Mappe mit allerhand gediegenen Kunstblättern und auf verschiedenes andere, womit „die Angehörigen der besseren Kreise“

Ein paar Seiten weiter war angeführt: „In der neuen Epoche, deren Kommen nur verzögert, nicht aber verhindert werden kann, hat nur der Mann mit der schwierigen Faust das Rechtsbewußtsein und die Frau, deren Hände gearbeitet sind, und der die Haare in natürlicher Wildheit um's braungebrannte Gesicht flattern.“ Dabei mußte ich unwillkürlich ihre wohlgepflegten Fingerchen mustern und mit dem Auge die zarte, samtartige Haut ihres Gesichts abfähen. Nachdem ich auch das kunstvoll frisierte Haar betrachtet hatte, blätterte ich weiter und fand dort ein „Sehr richtig!“ und ein doppelt unterstrichenes „Bravo!“, wo der Verfasser aufforderte sich so „paradiesisch“ als nur möglich zu kleiden und sich höchstens zum Schutz gegen starke Kälte und gegen drohenden Gestrüß einige primitive Hüllen anzulegen. Die Urheberin dieser Randbemerkungen aber trug seidene Strümpfe, Hausschuhe von allerzartestem Leder und allerhand Kleidungsstücke, die mir durchaus nicht wie „primitive Hüllen“ vorkamen!

In der Mitte der Broschüre zog der Verfasser mit seinem Spott über die Art unserer Ernährungsweise zu Felde. Er führte u. a. aus,

der Mensch von heute sei entartet und verdorben. Das neue Geschlecht müsse auf Gewürze und Süßigkeiten, auf alles Kochen, Braten usw. verzichten lernen und mit rohen Rüben, getrockneten Früchten, Nüßkernen und klarem Quellwasser seinen Hunger und Durst stillen. Da sagte ich: „Auch das haben Sie unterstrichen! Ist auch das Ihre Meinung? Leben Sie denn so?“ Da sah sie mich erst groß an. Dann lachte sie hell auf und rief: „Da mühte ich doch verächtlich sein!“ Als ich sie verwundert anstarrte, fuhr sie fort: „Trotzdem aber habe ich solche Schriften gern. Dieses radikale Zeug wird doch wohl kaum ein Mensch beherzigen. Es liest sich aber so schön!“

Da empfahl ich mich und kam nie wieder mit ihr zusammen. Dofür oder nach einigen Wochen ganz zufällig mit ihrem Freund, dem Verfasser der Broschüre. Er war mit ausgefuchter Eleganz gekleidet. Seine Wohnung wies allen „Komfort“ auf. Er hielt verschiedene Sportblätter und wußte im Handelsteil der Tageszeitungen trefflich Bescheid. Ich legte keinen Wert darauf, noch weiter mit ihm bekannt zu werden, denn ich hatte die Empfindung gewonnen, daß derartige Broschüren nicht nur schön zu lesen sind, sondern daß sie sich auch — gut schreiben lassen!

**Giftigkeit des Rauchers.** Bekanntlich gewöhnt sich der Mensch an alles, auch an die Gifte, und aus dem Zeitalter der Giftmorde wird erzählt, daß sich die Großen der Erde, die der Gefahr der Vergiftung besonders ausgesetzt waren, „giftig“ machten, indem sie, mit kleinen Dosen anfangend, Gifte zu sich nahmen und sich gegen ihre Wirkung mehr und mehr abhärteten. Die Gewöhnung an Gifte aller Art ist ein vielbeachteter Vorgang, über den neuerdings von Delfon genaue Versuche angestellt worden sind. Wie flüchtig in den „Naturwissenschaften“ auf Grund dieser Ergebnisse mittelst, sind die Erscheinungen von Schwindelgefühl, Zittern, Uebelkeit, Blütern und Gedächtnisschwäche, die oft bei starken Zigarettenrauchern auftreten, auf chronische Kohlenoxydvergiftung zurückzuführen. Im Blut eines Mannes, der zwanzig Zigaretten täglich raucht, finden sich etwa 5 Proz. dieses Giftes. Je sensibler das Nervensystem bei den Angehörigen eines Volkes ist, desto verbreiteter ist der Mißbrauch solcher Reizmittel, wie Tabak, Opium, Kokaïn, Alkohol usw. Als einen Anhaltspunkt, um die Empfindlichkeit der verschiedenen Nationen in dieser Hinsicht festzustellen, kann man die Statistik der Frauen betrachten, die bei normalen Geburten Betäubungsmittel anwenden. Die Vereinigten Staaten stehen da mit 70 Proz. an erster Stelle, dann folgt Großbritannien mit 50 Prozent; in Spanien und Rußland dagegen sind es nur 5 Proz. Man kann daher annehmen, daß der Gebrauch solcher Gifte in den Vereinigten Staaten am stärksten ist. Nach der ärztlichen Statistik kommen in New York in zehn Monaten etwa 8000 Fälle zur Beobachtung, die eine Gewöhnung an Gifte aufweisen. Verhältnismäßig leicht gewöhnt sich der Raucher an die Aufnahme des ihm so lieben „braunen Giftes“. Beim Genuß von Opium ist das Rauchen viel weniger schädlich, als andere Methoden der Aufzucht. Eine Opiumportion enthält durchschnittlich 3 Milligramm Morphin; davon wird aber der größere Teil beim Rauchen zerstört. Auf diese Weise wird also viel weniger Morphin dem Körper zugeführt als durch die Morphium-

einspritzung. In den Vereinigten Staaten hat sich der Gebrauch der Gifte außerordentlich gesteigert; seit dem Alkoholverbot, das dem Volke die Möglichkeit erschwert, dieses „Anregungsmittel“ zu bekommen. Seit dem Jahre 1912 ist in Amerika der Gebrauch des Heroins in ständiger Zunahme, das leichter als Morphin zu erhalten ist. Schon vor dem Kriege wurde die Zahl der an Arzneimittel und Gifte gewöhnten Personen in den Vereinigten Staaten auf 175 000 geschätzt. Jedenfalls ist diese immer zunehmende Gewöhnung an Arzneimittel in der neuen Welt eine Gefahr für die Volksgesundheit und ein Gegenstand erster Sorge für die Hygieniker.

**Volkskundliches Wandern.** Der Frühling ruft Jugend und Alter wieder zum Wandern auf, und fröhliche Scharen durchziehen die Wälder und Auen. Aber zum Wandern gehört auch Wanderkultur, und nicht körperliche Erstarbung, nicht das eigene Vergnügen dürfen der alleinige Zweck unserer Spaziergänge sein. Besonders die Jugend muß aus dem Wandern auch geistige Werte gewinnen, und vor allem muß sie alles, was deutsche Art und deutsches Volkstum heißt, tiefer erkennen und inniger mit ihm verwachsen. Auf dieses Ziel des Wanderns weist Karl Wagenfeld in einem Aufsatz hin, den er in den „Heimatblättern der Roten Erde“ veröffentlicht.

Die Schule hat früher der Jugend in dieser Hinsicht nur wenig mitgegeben. Heimat- und Volkskunde waren im alten Lehrplan flüchtig bedacht, und so zogen die Schüler und die heranwachsenden meistens blind durch unsere Landschaft, die doch dem schärfer blickenden Auge so viel von uralter Ueberlieferung und geschichtlicher Entwicklung verrät. Wer achtet wohl auf den Bau und die Einrichtung der Bauernhäuser, auf die Reste alter Befestigungen, lauscht den mannigfachen Klängen der Mundarten, forscht nach Sitte und Brauch, nach Tracht und Schmuck der einzelnen Gegenden? Hoffentlich albt die neue Schule ein besseres Rüstzeug mit auf den Weg, damit unsere Jugend nicht mehr „tapot wie die Fremden daheim im eigenen Vaterhaus“. Auch die Jugendvereine sollten durch Vorträge und Lesestoff solche Kenntnisse vermitteln; Jugendherbergen sollten volkskundliche Bücher darbieten und den Sinn für diese Dinge wecken.

**Alkohol und Nachkommenschaft.** Daß Alkohol eine Vermehrung der männlichen Nachkommenschaft nach sich zieht, ist die überraschende Tatsache, die aus Versuchen bei der Alkoholisierung männlicher Mäuse hervorgeht. Wie Mäuse in der „Naturwissenschaftlichen Wochenchrift“ berichtet, hat Agnes Malm im Dabmer Kaiser-Wilhelm-Institut für experimentelle Biologie Männchen der weißen Maus alkoholisiert und dadurch eine Verkleinerung der normalen Geschlechtsverhältnisse hervorgebracht. Der Alkohol wurde den Tieren unter die Rückenhaut gespritzt. Die Injektion hatte einen schweren Rausch zur Folge. Es wurden nun die Würfe verschiedener Kategorien von Mäusen beobachtet, und zwar solche von normalen Vätern, die vorher niemals alkoholisiert worden waren, von Alkoholikern und von Abstinenten, d. h. von Mäusen, die zuerst Alkohol erhielten, dann aber eine Zeit lang ohne Alkohol gehalten waren. Das natürliche Geschlechtsverhältnis stellte sich bei den weißen Mäusen so dar, daß auf 100 Weibchen 79,86 Männchen kommen. Bei den Würfen aber, die von alkoholisierten Vätern stammten, erob sich ein gewaltiger Ueberfluß der männlichen Geburten, nämlich 122,14 Männchen auf 100 Weibchen. Die Würfe

würde kein Abkommen annehmen können, in welchem nicht die Konzeptionen durch wirkliche Vorteile aufgehoben würden.

Ein anderer durch die Schwierigkeiten der Situation nahegelegter Ausweg wäre eine gegenseitige Annullierung der aus der Vergangenheit zwischen Rußland und den anderen Mächten entspringenden Ansprüche und Gegenansprüche. Aber auch in diesem Falle ist die russische Regierung noch entschlossen, die Interessen der Kleinrentner zu achten.

Falls aber die Mächte sich doch noch mit der Lösung der zwischen ihnen und Rußland anhängigen finanziellen Streitpunkte beschäftigen wollen, so könnte, da diese Frage ein gründliches Studium der Art und der Ausdehnung der an Rußland gerichteten Ansprüche und eine gerechtere Ermäßigung der Rußland zu gewährenden verfügbaren Kredite erfordert, diese Aufgabe einem von der Konferenz ernannten gemischten Sachverständigenausschuß übertragen werden, dessen Arbeiten zu einer Zeit und an einem Orte beginnen würden, welcher durch gemeinsames Abkommen zu bestimmen wäre.

Die russische Delegation stellt fest, daß das große Hindernis, welches den Fortgang der Konferenz bisher gehemmt hat, auf dem Umstande beruht, daß die oben ausgesprochene Idee der Gegenseitigkeit noch immer nicht von allen Mächten hinreichend geteilt wird. Die russische Delegation kann jedoch nicht umhin, zu betonen, daß die Besprechungen, welche stattgefunden haben, einer engeren Annäherung zwischen Sowjetrußland und den fremden Mächten den Weg geöffnet haben. Die russische Delegation gibt daher der Ansicht Ausdruck, daß bei der Lösung der zwischen ihr und den fremden Mächten anhängenden finanziellen Schwierigkeiten hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten nicht hindern dürfen, daß die anderen, alle Länder interessierenden Probleme zu allererst für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und Rußlands und die Festigung des Friedens in Genua gelöst werden können und müssen. Rußland ist auf die Konferenz mit persönlichen Absichten gekommen und gibt sich auch weiter der Hoffnung hin, daß kein Streben in dieser Hinsicht von Erfolg gekrönt sein wird.

### Sir Edward Grigg über die Antwort.

Genua, 11. Mai. (W.T.B.-Spezialbericht.) Heute Abend äußerte sich der Privatsekretär Lord Georges, Sir Edward Grigg, englischen Journalisten gegenüber bezüglich der russischen Antwortnote wie folgt: Es ist noch zu früh, um ein endgültiges Urteil abzugeben. Im gegenwärtigen Augenblick hält die Delegation des britischen Reiches unter Teilnahme der Vertreter der Dominions eine Sitzung ab und prüft das Dokument. Im ersten Teil der Antwortnote findet man eine ziemlich lebhaft polemische, wie sie den russischen Gewohnheiten entspricht und die Verhandlungen beinahe unmöglich macht. Einige Stellen des Dokumentes sind

ebenjoviel wert, wie die Papierreuel

der russischen Revolution. Die eigentliche Antwort findet man erst beim Weiterlesen an der Stelle, wo die Russen darauf hinweisen, daß sie sehr schwere Verpflichtungen übernehmen sollen, ohne dafür etwas anderes zu erhalten, als ungewisse Kreditversprechungen. Die Russen wollen, bevor sie annehmen, wissen, welches die Höhe der Leistungen ist, die sie übernehmen sollen und welches die wirklichen Kredite sind, die sie erhalten sollen. Es gibt aber in der Antwort

eine Stelle, die sehr befriedigend ist.

nämlich die, wo Rußland seinen Wunsch nach Frieden kundtut und sich bereit erklärt, Teilhaber eines Weltfriedenspaktes zu werden. Alles, was ich gesagt habe, ist nur der erste Eindruck. Ein abschließendes Urteil zu fällen ist erst nach genauer Prüfung möglich. Uebrigens muß in Betracht gezogen werden, daß davon nicht die Rede sein kann, daß die Antwort „ja oder nein“ lauten mußte. So etwas ist bei den Verhandlungen, wie wir sie führen, unmöglich. Auf die Anfrage eines Journalisten erweiterte Sir Edward Grigg: Wir kennen die französische Auffassung nicht. Wir werden wahrscheinlich erst morgen vormittag, vielleicht aber auch noch heute Abend, Besprechungen

von abstinenten Vätern zeigten eine deutliche Tendenz zur Rückkehr zum natürlichen Geschlechtsverhältnis. Durch die Zuführung von Alkohol ist also eine sehr viel größere Zahl von männlichen Geburten hervorgerufen worden.

**Die geschützte Maus.** Die Fürsorge der englischen Tierkühnvereine erstreckt sich auch auf die Mäuse. Der Generaldirektor einer großen Fabrik für elektrische Kabel in Borington ist in diesen Tagen zu 5 Pfund Sterling Strafe und 2 Pfund Sterling Kosten verurteilt worden, weil er erwiesenermaßen eine von ihm gefangene geschützte Maus hatte den Hungertod sterben lassen. Die Mäuse der Londoner Kanäle sind geschworene Feinde des Vollerungsmaterials der Kabelleitungen. Die Londoner Firma hatte deshalb Versuche gemacht, die Kabel mit Guttapercha, dem verschiedensten chemischen Substanzen zugelegt waren, zu imprägnieren. Um die Probe auf das Exempel zu machen, hatte man eine Maus drei Tage lang im Käfig hungern lassen und dabei festgehalten, daß sie am vierten Tage treppte, obwohl man ihr eine Menge von dem präparierten Gummi in den Käfig gegeben hatte. Von diesem wollte die Maus nichts wissen, und damit war erwiesen, daß das Präparat als Schutzmittel gegen die Angriffe der Mäuse tausalich war. Der Londoner Tierkühnverein hielt aber dieses Verfahren für eine arge Tierquälerei und strengte gegen die Firma einen Prozeß an. Da der in Betracht kommende Paragraph nur ganz allgemein von „Grausamkeit gegen gefangene Tiere“ spricht, so war er auch auf Mäuse anzuwenden, und die Firma mußte nach dem Buchstaben des Gesetzes verurteilt werden.

**Kerzliche Beratung auf hoher See durch Funkpruch.** Wie aus New York gemeldet wird, können hinfort Schiffe in See freie ärztliche Ratsschläge von einer Reihe Funkstellen an der Ost- und Westküste der Vereinigten Staaten beziehen. Die darum nachsuchenden Funkprüche müssen vom Schiffsführer unterzeichnet sein und ein kurzes Krankheitsbild geben. Die Ratsschläge werden von bestimmten Krankenhäusern in einer dem Vollen verständlichen Weise zurückgegeben. Der Dienst ist frei und im allgemeinen nur für Schiffe ohne eigenen Arzt bestimmt.

**Zum 60. Geburtstag Arthur Schnitzlers** wird das Reichstheater am Sonnabend eine Aufführung des Schauspiel „Das weiße Land“ veranstalten.

**Grav Coburg-Wener** hält einen Vortrag über „Der Döner und die“ mit Lichtbildern am 18. abends 7 1/2 Uhr, Georgenstraße 30/31.

**Dr. Max Pezl** hält im Konfirmanden eine lächelnde Vortragsstunde mit Lichtbildern über das Thema: „Verstehen und Weiten von Konfirmanden“. Beginn Freitag, den 12. Mai, 7 1/2 Uhr, im Realgymnasium, Hohenstaufenstr. 47/48.

**Der neue Münchener Generalkonsuldirektor.** Zum Nachfolger Bruno Walters in der Leitung der Münchener Konsulatsangelegenheiten wurde Hans Knappertschus, bisher in Dessau tätig, ernannt. Der junge bisher wenig bekannt gewordene Kapellmeister eroberte München im Sturme.

**Brochhaus wieder in Rußland.** Der Verlag Brochhaus, der vor dem Ausbruch eine rege Tätigkeit in Rußland entfaltet und u. a. eine große russische Enzyklopädie herausgab, hat laut „Nöwaja“ seinen Betrieb in Rußland mit der Herausgabe der Zeitschrift „Pädagogischer Gedanke“ wieder aufgenommen.

mit ihnen haben. Im gegenwärtigen Augenblick prüfen die anderen Delegationen, jede für sich, die Antwort.

Hierauf wird die Unterkommission der ersten Kommission zusammenberufen werden. Auf jeden Fall bildet das russische Dokument die Grundlage für eine Antwort durch die Unterkommission, und diese Antwort wird erfolgen.

### Verständigung zwischen Vatikan und Kreml.

Genua, 11. Mai. (W.T.B.-Sonderbericht.) Nach einer Meldung der „Tribuna“ soll in Santa Margherita eine Verständigung zwischen dem Vertreter des Vatikans Monsignore Piccardo und Tschitscherin erfolgt sein, und zwar auf folgender Grundlage: Die Russen nehmen die beiden ersten Punkte der päpstlichen Denkschrift, die sich auf die religiöse und Gewissensfreiheit und auf den Schutz der katholischen Minderheiten in Rußland beziehen, an. Dagegen haben sie den dritten Punkt abgelehnt, der die Rückgabe der Kirchengüter vorsah. Monsignore Piccardo hat im Namen des Vatikans erklärt, daß auf diesen Punkt Verzicht geleistet würde.

### Das Urteil im Dokumentenprozeß.

Drei Angeklagte freigesprochen, einer zu Geldstrafe verurteilt.

München, 11. Mai. (W.T.B.) In dem Beleidigungsprozeß des früheren Privatsekretärs Eisners, Felix Fehdenbach, gegen den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“, Professor Cohnmann, den Schriftsteller der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Emanuel Müller, den Schriftleiter des „Bayerischen Kurier“, Osterhuber und den Schriftleiter des „Bayerischen Vaterland“, Dr. Adelmaier wurden durch Urteil des Schöffengerichts im Amtsgericht München die ersten drei Beklagten von der Anklage eines Vergehens der üblen Nachrede freigesprochen, während Dr. Adelmaier, bei dem das Gericht die Absicht einer Beleidigung als erwiesen erachtet, zu einer Geldstrafe von 500 M. bzw. 10 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Der Privatkläger Fehdenbach hat die Kosten des Verfahrens gegen die Angeklagten Cohnmann, Müller und Osterhuber zu tragen, während Dr. Adelmaier die Kosten des Verfahrens gegen sich zu übernehmen hat. Das Urteil gegen Dr. Adelmaier kann der Privatkläger auf Kosten des Beklagten im „Bayerischen Vaterland“ veröffentlichen.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Veröffentlichungen Eisners als eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes zu betrachten seien, was sich auch aus den Aussagen der verschiedenen Sachverständigen ergebe. Den Beklagten sei die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugestanden insofern, als das Friedensdiktat von Versailles jeden Deutschen treffe. Jeder Deutsche habe deshalb das Recht, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu versuchen, auf eine Änderung des Vertrages hinzuwirken. Dazu gehöre die Entkräftung von unrichtigen Veröffentlichungen, die mit als Grundlage des Schuldpruches von unseren Gegnern verwandt wurden. Die Äußerungen Professor Dr. Cohnmanns, Müllers und Osterhubers seien sachlich gehalten gewesen und es gehe aus ihnen die Absicht einer Beleidigung nicht hervor, während bei Dr. Adelmaier der Fall anders liege.

### Auflösung des sächsischen Landtages abgelehnt

Kein Rücktritt der Regierung.

Der Antrag der beiden Rechtsparteien des sächsischen Landtages, der die Auflösung des Landtages fordert, wurde am Donnerstag nach äußerst lebhafter Debatte mit 48 sozialistischen Stimmen gegen 47 Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. — Auf die Anfrage der Demokratischen Partei, ob die Regierung gewillt sei, eine Umbildung der Regierung in die Wege zu setzen, erklärte diese durch den Ministerpräsidenten Buch, die Regierung habe keinen Anlaß, aus der am 6. April 1922 erfolgten Ablehnung des Justizgesetzes durch den Landtag die Folgerung zu ziehen, zurückzutreten, da die Stellungnahme des Landtages zum Staatshaushaltsgesetz erst nach Erledigung der Beratung sämtlicher Etatskapitel aus der Abstimmung über das Finanzgesetz ersichtlich sei. Bis zu diesem Zeitpunkt sei die Regierung nach Artikel 44 der Verfassung ermächtigt, die Verwaltung fortzuführen.

### Das Disziplinarverfahren gegen Menne.

Urteil auf Dienstentlassung gegen Menne, Thieme und Döblich

Ueber den weiteren Verlauf des Verfahrens gegen Menne und Genossen vor der Reichsdisziplinarkammer (vgl. gestriges Abendblatt) meldet uns ein eigener Bericht aus Erfurt:

Regierungsrat Frihe begründet die Anklage mit den schon bekannten Vorgängen vor dem Streik. Menne bestreitet entschieden, geheime Zusammenkünfte abgehalten zu haben, diese seien gesellschaftlicher Art gewesen und haben persönliche Gründe gehabt. Es sei natürlich über Gewerkschaftsfragen gesprochen worden. Der Hauptvorstand habe beschlossen,

alle Vorkehrungen für einen Streikstill

zu treffen, die Anweisungen sind allerdings geheim gehalten worden. Die Reichsgewerkschaft wäre gezwungen worden, durch Druck von außen vorzugehen und zum letzten Mittel zu greifen, der Druck kam aus der Provinz. Schon bei dem Streik der Eisenbahner mußten die Kollegen der Reichsgewerkschaft zurückgehalten werden. Das Existenzminimum sei bei 75 Proz. der Beamten nicht erreicht worden. Thieme weist auf die Ursache des Streiks hin. Wenn man schon von einem Vertrag sprechen könne, so ist der Vertrag seitens der Regierung nicht eingehalten worden. Man kann auch nicht den Unterschied eines Streiks feststellen mit der Berechnung, ob er von der Regierung befohlen wird oder nicht. Er wies zu seiner Verteidigung auf den Kapp-Putsch hin, bei dem die Regierung die Eisenbahner zum Generalstreik aufgefordert hat. Die Rechtsanwälte Bahn und Sonnfeld beantragten, die die Sache Döblich abzutrennen, weil sie grundsätzlich anders liege. Denn während Menne und Thieme zugestanden, bei dem Streik hervorragend beteiligt zu sein, streite Döblich seine Führerschaft ab. Nach längerer Beratung lehnte der Disziplinardhof diesen Antrag ab. — Es begannen sodann die Plädoyers der Anwälte. Rechtsanwalt Bahn führte aus, daß die angeklagten Beamten der Meinung sein konnten, nicht mehr im Beamtenverhältnis zu stehen, nachdem sie vom Reichsverkehrsministerium zur Reichsgewerkschaft beurlaubt waren. Ihre Tätigkeit disziplinarrechtlich nicht strafbar. Rechtsanwalt Sonnfeld vertrat den Standpunkt, daß den Beamten das Recht zustünde, sich zu wehren, wenn 75 Proz. unter dem Existenzminimum stehen. Das letzte Mittel im Kampf aber sei natürlich der Streik. Rechtsanwalt Bahn beantragt nach, den Reichsanwalt Frihe zu laden, um festzustellen, daß der Verkehrsminister Groener sich über Frihe Standpunkt hinweggesetzt habe. Die Rechtsanwälte Sonnfeld und Dr. Singheimer lehnen für sich diesen Standpunkt ab. Rechtsanwalt Dr. Singheimer führte folgendes aus: Es handelt sich um eine prinzipielle Frage, bei der es ein Kompromiß nicht gibt. Die Angeklagten hätten im Prinzip das gleiche getan, was seinerzeit die Dregesch getan habe: sie hätten sich gegen eine Verfügung gewandt, die nach ihrer Ansicht gegen die Grundrechte der Verfassung verstieß. Leider sei

der Begriff des Koalitionsrechts

nicht klar genug definiert, was zurückzuführen sei auf die erregten Zeiten, in denen die Reichsverfassung zustande kam. Dadurch habe

es an Zeit gefehlt, die einzelnen Bestimmungen genügend durchzuarbeiten. Man müsse aber annehmen, daß in der Garantie des Koalitionsrechts auch die Garantie des Streikrechts für die Beamten liege; denn das Streikrecht gehöre mit zum Koalitionsrecht. Die Regierung müsse es als ihre ernsteste Pflicht ansehen, hier endlich Klarheit zu schaffen. Jedenfalls hätten die Angeklagten in gutem Glauben gehandelt und müßten daher freigesprochen werden. Zu bedauern seien die Ausführungen des Regierungsrats Frihe, der von einer „gewinnbringenden Tätigkeit“ der Angeklagten bei der Reichsgewerkschaft gesprochen habe. In diesem Ausdruck liege doch eine starke Verleumdung der Tätigkeit eines Gewerkschaftsangehörigen. — Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende

das Urteil.

das gegen alle drei Angeklagten auf Dienstentlassung lautete. Von der Bewährung einer Teilpension wird abgesehen, da keine Gründe für eine milde Beurteilung der Handlungsweise der Beschuldigten vorhanden seien und außerdem die Aussicht bestehe, daß die drei Angeklagten in der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten einen ausreichenden Unterhalt finden. (Diese Art der Begründung ist sehr ansehnlich. Sie erinnert an die Urteile, die gegen sozialistische Redakteure Gefängnis statt Geldstrafe verhängten, weil die Geldstrafe nicht von ihnen getragen wurde. Red. d. „B.“) Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Die Frage, ob die Angeklagten bei der Ausübung ihrer Tat Beamte gewesen seien, wird bejaht. Ein Streikrecht für die Beamten müsse die Kammer verneinen. Die Freiheit der politischen Meinung der Beamten enthalte doch nicht das Streikrecht. Nach dem Entschluß der Regierung, der das Streikrecht verneinte, konnte für die Angeklagten der gute Glaube nicht mehr bestehen.

### „Dokumente“ des Ententefälschers.

Zu der bereits gemeldeten Festnahme des politischen Hochtaplers und Dokumentenfälschers Erich Anspach durch die Abteilung Ib des Berliner Polizeipräsidiums, über dessen weitere Aussagen wir an anderer Stelle berichten, werden uns verschiedene Proben der raffinierten Fälscherkunst Anspachs mitgeteilt, aus denen wir den Text eines „Sitzungsprotokolls des Kabinettsrats vom 24. März 1922“ entnehmen.

Der Kopf des Schreibens enthält den Vermerk: „Reichskanzlei J. Nr. G. 213 c. 22“.

Das Schreiben beginnt mit folgenden Worten:

„Anwesend:

- Reichspräsident Ebert
- Reichskanzler Dr. Wirth
- Reichsminister Bauer
- Reichsminister Dr. Rathenau
- Reichsminister Hermes
- Reichsminister Schmidt
- Reichsarbeitsminister Dr. Brauns
- Staatssekretär Fischer

Protokollführer: Ministerialrat Dr. Staubinger.“

In dem Sitzungsprotokoll werden sodann die Reden wiedergegeben, die die einzelnen Sitzungsteilnehmer gehalten haben sollen, und zwar handelt es sich um eine Besprechung der „damals neuesten Entente-Note“. Dem Reichskanzler Dr. Wirth werden u. a. folgende Worte in den Mund gelegt:

„Unter dem Schein des Entgegenkommens wird die Gesamtheit der feindseligen Forderungen immer noch auf der Höhe des Unerfüllbaren gehalten, um von Deutschland den Druck drohender Repressalien nicht zu nehmen und um insbesondere in Frankreich stets in solchen Möglichkeiten der Gewaltpolitik ein Ausfluchtspunkt für innerpolitische Krisen zur Verfügung zu haben.“

Reichsfinanzminister Dr. Hermes verbreitet sich in längeren Ausführungen über die Belastung des deutschen Etats durch die Ausgaben für die Beamten. Hierbei spricht er u. a. davon, daß seit Ausbruch des Krieges die Zahl der Reichs- und Landesbeamten „eine Steigerung von 49 Proz.“ erfahren habe.

Nach Dr. Hermes

ergreift Reichspräsident Ebert das Wort und wendet sich gegen eine Ausbringung neuer Steuern.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wendet sich gegen „die diktorische Tonart der Note“ und erklärt es für zweckmäßig, „durch eine scheinbare Nachgiebigkeit zunächst Zeit zu gewinnen“.

Von Reichsminister Dr. Rathenau werden folgende Worte wiedergegeben: „Entgegen Dr. Brauns bin ich der Ansicht, daß wir die Forderungen zwar ablehnen müssen, aber unsere Bereitwilligkeit zu positiver Mitarbeit erklären müssen und Gegenorschläge bis an die Grenzen des Möglichen, d. h. m. G. Prüfung der Frage, ob die Zwangsanleihe um etwa 30 Milliarden gesteigert werden kann“.

Nach einer weiteren Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth heißt es in dem Protokoll:

„Reichspräsident Ebert schließt die Sitzung mit der Feststellung der Einmütigkeit in der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen der Note.“

Am Ende des Protokolls befindet sich ein Stempel „Reichsministerium, Geheimkanzlei“ und der Vermerk: „beglaubigt, gezeichnet Dr. Staubinger, Ministerialrat“.

Das angebliche Sitzungsprotokoll stellt von Anfang bis zu Ende eine Fälschung dar, wie Anspach selbst zugegeben hat. Nach der Vernehmung eines Zeugen ist dieses Protokoll von Anspach der hiesigen polnischen Gesandtschaft überbracht worden und nach zwei Tagen von dem genannten Zeugen bei einem der Polizei mit Namen bekannten Legationssekretär abgeholt worden.

### Die neugierige Post.

Politische Gefinnungsstimmerei und Streikbekämpfung.

Wir hören, daß jetzt männliche und weibliche Post- und Telegraphenbeamte mit Wissen und unter Billigung der Verwaltung mit der Frage behelligt werden, nach welcher Richtung sie politisch und gewerkschaftlich orientiert seien. Auf diesen Auskünfte werden dann sogenannte „Streikstundenpläne“ ausgebaut, die für die antistreikföheren Teile des Personals vorgesehen werden. Darüber hinaus suchen einzelne Postdienststellen innige Beziehungen zur Technischen Reichshilfe. Das geht so weit, daß jetzt schon halbkreuzgeschmückte dunkle Jünglinge als „Vertrauensmänner“ bestimmter Postämter sich unangenehm öffentlich bemerkbar machen. In der gleichen Richtung liegt es wohl auch, wenn die Schupo gleich 60 Mann stark ins Fernamt einrückt, um sich als Technische Reichshilfe ausbilden zu lassen. —

Soweit unser Gewährsmann. Wir sind der Auffassung, daß die geschändeten Bestrebungen unsauber, ja in gefährlichem Ausmaß vergiftend, den Dienst der Post zerstörend, wirken müssen. Auf solche Art wird die Postverwaltung zu einem wahren Sammelbecken aller Gefinnungsler und Schnüffler. Damit muß der Gesamtbetrieb von innen heraus zerstört werden. Das können sich die dabel betroffenen Beamten nicht gefallen lassen, und sie werden es auch nicht tun. Aber auch die Allgemeinheit kann verlangen, daß diejenigen, die auf dem Wege sind, großes Unheil in einem wichtigen Staatsbetriebe anzurichten, energisch zurückgepfiffen werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband.

### Aus dem Jahresbericht für 1921.

Preissteigerungen und Geldentwertung machen Lohnbewegungen zum Dauerzustand. So galt es auch für den Verband in erster Linie, die Löhne den veränderten Verhältnissen anzupassen. Der Verband umfaßt die große Gruppe der Lederwarenindustrie mit ungefähr 20 000 Beschäftigten, darunter 5500 weibliche. Für die Arbeiter wurde eine Lohnaufbesserung von 70 bis 80 Proz. für die Hilfsarbeiter von 85 bis 90 Proz., für die Arbeiterinnen von 95 bis 110 Proz., für die Lehrlinge eine solche von 100 Proz. in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember erzielt.

Die zweitgrößte Gruppe sind die Tapezierer mit circa 12 000 Beschäftigten. In dieser Gruppe besteht nur für Baden ein Landestarif, sonst nur örtliche Tarife. An Lohn-erhöhungen wurden im Durchschnitt etwa 100 Proz. erzielt, doch sind die unteren Lohnstufen nicht entsprechend nachgebrochen worden, was bei den Reichstarifen viel mehr der Fall ist. Ein soziales Moment, das sehr zugunsten zentraler Tarife spricht. Die qualifizierten Arbeiter erhalten im allgemeinen weit höhere Löhne als die örtlichen Mindestlöhne, wie denn überhaupt die Nachfrage nach tüchtigen, erfindungsfähigen Arbeitkräften sehr lebhaft war und ist.

Die nächste größte Gruppe ist die Fahrzeugindustrie (Auto- und Wagenbau), in welcher 2000—4000 Arbeiter, darunter 100 weibliche beschäftigt sind. Auch hier wurden Lohn-erhöhungen von 90 bis 100 Proz. erzielt, ebenso in der Treibriemenindustrie, die circa 2500 Arbeiter, inklusive 200 weibliche, umfaßt. In der Gruppe Handwerksbetriebe (Sattlereien) sind circa 2000 Arbeiter beschäftigt. Die Lohn-erhöhungen betragen 70—80 Proz. Bei einer Gesamtzahl von

38 208 Mitglieder im Jahresdurchschnitt

waren 1921 an Streiks und Aussperrungen 3664 beteiligt, darunter 359 weibliche. Die Zahl der Streiktage beträgt 60 012. Die Summe des erlangten Arbeitsverdienstes betrug 3 238 019 M., Streikunterstützung aus der Hauptkasse wurde gezahlt: 490 241,71 M., aus der Lokalkasse 165 594,65 M. Der Verband erzielte im Jahre 1921 insgesamt eine Einnahme von 4 702 196,92 M., die Gesamtausgabe betrug 2 747 032 58 M. = 71,0 M. pro Kopf, davon entfallen für Streiks 21,83 M. auf den Kopf des Mitgliedes, für Reisende, Kranke, Arbeitslose 10,86 M., für Agitation 4,40 M. Im allgemeinen war die Steigerung der Löhne im Vergleich zum Vorjahre nicht erheblich, der Verband hat äußerst sparsam gewirtschaftet. Das ist mit zurückzuführen auf die günstige Wirtschaftslage für diese Berufe.

Die sich auch darin ausdrückt, daß im Jahre 1920 für Arbeitslose, Kranke pro Kopf und Mitglied 25,70 M. aufgewendet wurden, im Jahre 1921 aber nur 10,86 M.

Trotz der gewaltigen Steigerung der Druckkosten stieg das Konto für Zeitung, Redaktion und Druckkosten pro Kopf und Mitglied nur um 1,03 M.

Der Verband hatte am 31. Dezember 1921 ein Gesamtvermögen von 5 773 000 M., davon waren 1 071 138,43 M. Vorkassensbestände. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1921 38 153, am 31. Dezember 1921 40 548, mithin 2395 mehr.

### Zur Verilegung des Konflikts im Ruhrbergbau.

**Bochum, 11. Mai.** (Eigener Drahtbericht.) Die Delegiertenkonferenz des Öffener Bergarbeiterverbandes trat heute in Bochum zusammen, um zu den Vermittlungsvorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen. Die Konferenz spiegelt in deutscher Weise die durch fortgesetzte Drangsalierungen der Betriebsräte in den Bergwerken aufgeregte Erregung wider. Die durch die Kurzschichtigkeit der Unternehmer herausbeschworenen Gefahren können gar nicht ernst genug genommen werden. Wenn es diesmal noch gelungen ist, die allgemeine ArbeitsEinstellung zu verhindern, so geschah es lediglich im Hinblick auf den Umstand, daß in wenigen Tagen Schiedsgerichtsverhandlungen über den Reichsmontentarif und besonders über Richtlinien zum Betriebsrätegesetz stattfinden. Mit 203 gegen 119 Stimmen wurde folgende Entschlußfassung angenommen:

„Die heutige Konferenz stimmt dem Vorschlag der Regierungsvorrede zu. Die im Streit befindlichen Kameraden nehmen möglichst sofort, jedoch spätestens bis zum 13. Mai die Arbeit wieder auf. Nach Erledigung der Schiedsgerichtsverhandlungen über den Montentarif und die Richtlinien zum Betriebsrätegesetz wird eine Konferenz zu dem Ergebnis Stellung nehmen.“

Im Streitgebiet finden heute abend Belegstiftungsverhandlungen statt, denen diese Entschlußfassung unterbreitet wird.

### Die harmlosen Verbandstagsprenger.

In der „Roten Fahne“ wird den Lesern erzählt, daß bei der Demonstration der Kommunisten gegen den Bauarbeiter-Verbandstag in Leipzig nicht die geringste Gewalttatig-keit seitens der Demonstranten vorgekommen ist. Es ist bei dieser Berichterstattung nicht ausgeschlossen, daß das Blatt demnächst von Gewalttätigkeiten der Delegierten gegen die harmlosen Demonstranten berichtet, die weiter nichts getan haben als die Türen geprengt, die Verhandlungen gestört und die Delegierten ein wenig belästigt haben. — Die Geister, die unausgesetzt gegen die „Bureaunkräfte“ der Gewerkschaftsleitungen heben und schüren, konstataren dann „ungeheure Erbitterung“ gegen diese „Bureaunkräfte“ und freuen sich im stillen über ihr Werk. Die Lehungen „mit allen Mitteln der Niedertracht und Demagogie“ suchen die

harmlosen Jellenbauer den damit Bedrohten zu unterstellen. Die Arrangeure der Demonstration reiben sich die Hände und höhnen, daß Paepow, mit ihm die weitläufige überwiegende Zahl der Verbandstagsdelegierten, „sich nicht mehr sicher fühlt und vor den eigenen Verurteilten und Klaffgenossen ausreißt“.

Wir müssen schon gestehen: so wenig Verständnis wir dafür haben, daß sich deutsche „Klaffgenossen“ gegen Bezahlung aus dem hungernden Rußland in den Dienst der russischen „Welteroberer“ gegen ihre deutschen Klaffgenossen einspannen lassen, ebensowenig Verständnis haben wir für die „Illegalen Methoden“ wie sie im vorigen Sommer im Berliner Gewerkschaftshaus und jetzt gegen den Bauarbeiterverbandstag in Leipzig praktiziert wurden, wie für die „Schlaubei“ und „List“ mit der der „Weltkongreß“ propagiert wird, um die „Bewegung“ in Fluß zu bringen.

## Haus- u. Straßenfammlungen der Altershilfe am 14. und 28. Mai.

### Verbindlichkeitsklärung in Gesamtschreitigkeiten.

Die für das Wirtschaftsleben außerordentlich bedeutungsvolle, bisher strittige Frage, ob der Demobilisationskommissar berechtigt ist, Schiedsrichter in Gesamtschreitigkeiten für verbindlich zu erklären, ist auch vom Reichsgericht durch Urteil vom 6. Januar 1922 in einem Prozeß des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands gegen die Vereinigung der Hartsteinindustriellen in der Oberlausitz bejaht worden. Das Urteil ist in der soeben erschienenen Nummer 8 des Reichsarbeitsblatts abgedruckt.

### Berliner Metallarbeiter und Gewerkschaftskongreß.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat uns das Wahlergebnis ihrer Delegiertenwahlen zum 11. Gewerkschaftskongreß übermittelt. Es wurden 24 973 Stimmen abgegeben, wovon 1933 ungültig, mithin 23 040 gültige Stimmen. Die höchste Zahl des Kandidaten der KPD. betrug 14 178 Stimmen, die Höchstzahl des Kandidaten der UEPD. 8830 Stimmen.

Die Wahl der kommunistischen Kandidaten als Folge der Uneinigkeit der gemeinsam auf dem gewerkschaftlichen Boden der Amsterdamer Richtung stehenden SPD. und UEPD.-Metallarbeiter bei diesen Wahlen haben wir gestern bereits erörtert. Nachdem nun das vollständige Wahlergebnis vorliegt, muß es auch hinsichtlich der Wahlbeteiligung noch kurz besprochen werden. In 84 Lokalen hatte die Ortsverwaltung ihren Mitgliedern Gelegenheit gegeben, am Montag zur Wahl zu gehen. Nicht ganz 25 000 Mitglieder haben ihrer Wahlpflicht genügt, also etwa der fünfte Teil der Mitglieder, während ungefähr 100 000 Gewerkschaftsmitglieder der Wahl ferngeblieben sind. Die Zahl der SPD.-Metallarbeiter und die der mit ihnen sympathisierenden Verbandsmitglieder können wir ziemlich hoch einschätzen und damit die Zahl derer, die absichtlich der Wahl ferngeblieben sind, weit über die Zahl derer, die absichtlich der Wahl ferngeblieben sind, weit über die Zahl derer, die absichtlich der Wahl ferngeblieben sind. Dennoch bleibt als Ergebnis, daß die Zahl der Nichtwähler, der Gleichgültigen, weit größer ist, als die Anhänger aller drei Richtungen zusammen genommen. Zugabe, daß auch in der Vortragezeit die Wahlbeteiligung niemals vollständig war. Doch da es damals nur eine Richtung, wenigstens Mehrheit und oppositionelle Minderheit gab, spielte das für den Wahlausfall selbst keine Rolle. Beachten wir, daß heute das Wahlrecht zu den öffentlichen Wahlen errungen ist, daß auch die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder das Wahlrecht haben, dann gibt dieser Wahlausfall auch in politischer Beziehung zu denken. Freigewerkschaftlich Organisierte, nicht Inorganisierte und Gelbe hatten hier zu wählen; trotz der Wahltagung der UEPD. und der KPD. wählte der übergroße Teil nicht mit. Wo blieben die Kommunisten bei solchen Wahlen, wenn es gelingt, die Wahlbeteiligung auch nur auf 70 bis 80 Proz. zu bringen? Beachten wir weiter, daß diese „Nichtwähler“ auch zu keiner Versammlung gehen, sondern auch da den Kommunisten das Feld überlassen. Darin liegt für unser ganzes gewerkschaftliches und politisches Leben, für die proletarische Bewegung, eine ungeheure Gefahr. Führen unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in Verbindung mit dem Parteistreit dazu, das Heer der Indifferenten immer mehr zu vergrößern, dann sind die Folgen unklar auszumachen. Die Gewerkschaften insbesondere haben alle Ursache, durch intensive Aufklärungsarbeit dieser Gefahr nach Kräften zu steuern. In diesem Punkte müssen sich alle auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden überzeugten Gewerkschaftsmitglieder einig sein, wie sie auch im übrigen das Einigende weit stärker betonen und das Wirklich oder vermeintlich Trennende für ihre Parteivorstellungen zurückstellen müssen.

### Schiedspruch in der Blumen- und Federnindustrie.

Der Schlichtungsausschuß für die Bekleidungsindustrie hat von Amts wegen die Parteien zu einem Termin geladen, um den Streikfall zu beheben. Während die Arbeitnehmerseite erschien, schloß die Arbeitgeberseite durch Abwesenheit; statt dessen lag ein längerer Schriftsatz vor, in welchem die Arbeitgeber ihr Verhalten zu rechtfertigen suchten. Trotz der Abwesenheit der Arbeitgeber verhandelte der Schlichtungsausschuß, nachdem die Arbeitnehmer entsprechende Anträge gestellt hatten. Nach längerer Beratung fällt der Schlichtungsausschuß einstimmig einen Spruch unter Anführung folgender Gründe: „Die bisherigen Lohnsätze der Branche sind nach Ansicht des

Schlichtungsausschusses nicht zeitgemäß, auch die arbeitgeberseitigen Zugeständnisse erscheinen zum Teil nicht als ausreichend. Da die Verhandlungen sich seit Anfang April ergebnislos hingezogen haben, erscheint der Streik an sich verständlich, immochin wäre es angebracht gewesen, wenn die Arbeitnehmer vorher den Schlichtungsausschuß angerufen hätten. Die Schlichtung gebot auf alle Fälle ein Eingreifen des Schlichtungsausschusses.“

Nachdem in der Verhandlung die Arbeitnehmer den Antrag auf Fällung eines Schiedspruches gestellt hatten, lag ein Antrag wegen Abwesenheit der Arbeitgeber zu verlegen, nicht vor, zumal die Arbeitgeber es abgelehnt hatten, überhaupt zu verhandeln, andererseits die Verhältnisse der Branche durch die schriftliche Keuherung der Arbeitgeber und den mündlichen Vortrag der Arbeitnehmer als geklärt erschienen.“

Die Parteien sollen sich über die Annahme oder Ablehnung innerhalb drei Tagen äußern. Die Arbeitnehmer haben bereits die Annahme erklärt; an der Arbeitgeberseite liegt es nun, sich zu erklären und dann zum Ausdruck zu bringen, ob sie den Frieden wollen oder Fortführung des Kampfes. Die Stimmung unter den Streitenden ist vorzüglich und die Haltung derselben, welche zum größten Teil das erstmalig in einem solchen Kampfe stehen, geradezu bewundernswürdig.

Wir machen nochmals alle Arbeiter und Arbeiterinnen darauf aufmerksam, daß sie den Streitenden nicht etwa in den Rücken fallen. Hebt Solidarität!

### Differenzen in der Zigaretten-Industrie.

Die in der Zigarettenindustrie Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen besaßen sich gestern abend mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen. Sektionsleiter Benthe berichtete, daß die Arbeitgeber die insbesondere geforderte Herabsetzung der Altersgrenze für jugendliche Arbeiterinnen von 18 auf 17 und von 20 auf 18 Jahre abgelehnt haben. Ihr Angebot war: für Arbeiterinnen bis 18 Jahre 300 bis 400 M., für solche über 18 Jahre 400, 450, 500 und 550 M., im Maschinen- und Tabakkaal mit 25 M. Zulage, wenn an der Maschine beschäftigt. Die Zupferinnen mit ihrer „angenehmeren“ Arbeit sollen diese Zulage nicht haben.

Da dieses Angebot als undiskutabel erklärt wurde, zeigten sich die Arbeitgeber bereit, alle Gruppenlöhne der Arbeiter um 50 M., die der Arbeiterinnen um 25 M. zu erhöhen und den Zuschlag im Maschinen- und Tabakkaal ohne Ausnahme zu bezahlen.

Einstimmig wurde beschlossen, daß die von der Organisation geforderten Löhne für April gelten sollen, während für Mai eine Erhöhung um mindestens 100 M. wöchentlich erfolgen müsse. Diesen Beschlüssen folgend, soll weiter verhandelt werden.

### Angestellte des Kolonialwaren- und Feinstoff-Kleinhandels!

Die Arbeitgeber haben unsere gerechten Forderungen gestern abgelehnt. Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, sofort in den Betrieben die Abstimmung für oder gegen den Streik vorzunehmen. Wir bitten, die Resultate der Abstimmung sofort schriftlich oder persönlich nach unserem Verbandsbureau, Pöste-Alliance, Str. 7, 10, Zimmer 16, zu übermitteln. Zentralverband der Angestellten.

Die böhmischen Glasarbeiter mußten ihre monatlang geführte Lohnbewegung mit dem Abschluß eines Kollektivvertrages beenden, mit dem sie eine Lohnfögrung von 10 Proz. in Kauf nehmen mußten, gegen die sie sich gewehrt hatten.

Verband der Buchbinder und Papiermacher, Stuls-, Karton- und Kartennagelindustrie. Freitag, den 12. Mai, 6 1/2 Uhr abends, Delegiertenversammlung bei Boeler, Weidstr. 17. Tagesordnung: Bericht vom Kreisverband und Kreisrat, betr. „Reichstagswahl“.

Deutscher Metallarbeiterverband, Fachgruppe Metallindustrie. Für sämtliche Betriebe. Vertrauensleute sowie Funktionäre der Fachgruppe Metallindustrie Versammlung heute Freitag 6 Uhr in der Neuen Volksharmonie, Spandauer Straße 96-97, Kottbuscher.

Verband der Gemeinde- und Staatsbediener, Filiale Groß-Berlin. Deutsche Post, Friedrichhof und Steglitz. Freitag, den 12. Mai, 6 1/2 Uhr abends, Delegiertenversammlung bei Boeler, Weidstr. 17. Tagesordnung: Bericht vom Kreisverband und Kreisrat, betr. „Reichstagswahl“.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsbüro Berlin. Sonnabend, den 13. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Arbeitstufenloal, Rungelstr. 39, Versammlung der Holz- und Holzbediener aus den Privatbetrieben. Tagesordnung: Bericht über unsere Lohnverhandlungen. Die Verhandlung.

Abteilung, Arbeiterwache! Gemeinsame Versammlung aller Arbeiter am Montag 6 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24-26. Unsere Lohnbewegung. Teilnahmslos. Alle Berliner Arbeiter werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Die Verhandlung.

(Siehe auch den Anzeigenteil.)

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Althe Berlin-Verleger für Anzeigen: Th. Gieseler, Berlin. Verlag Komparto-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Komparto-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1, Ofen 1, Berlin.

# Sanflavin-Pastillen

(sehr geschützt)

zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle besonders bei

## Grippe, Hal-entzündung, Verschleimung

Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien

# Preiswertes Angebot zu Pfingsten!!

Herrn-Stiefel, Rindbox, gedoppelt 410,-, Chevreaux und Rind-chevreaux 480,- 95.- 895.-	Herren-Anzüge, prima Qualität, moderne Stoffe 8500.- 3050.- 2030.- 1950.- 1050.-	Damen-Mäntel, Covercoat . . . . . 850.- 980.- 1120.- 1700.-
Herrn-Stiefel . . . . . 391.- 375.- 345.-	Herrn-Schlüpfel . . . . . 8.50.- 1250.-	Damen-Mäntel, Tuch . . . . . 750.- 797.- bis 1050.-
Damen-Stiefel 36/39 . . . . . 280.- 391.- bis 495.-	Herrn-Hosen, feldgrau und schwarz, prima Verarbeitung, in allen Größen . . . . . nur 285.-	Damen-Mäntel, Alpaka . . . . . 844.- Staubmäntel . . . . . 633.- 812.-
Damen-Stiefe, Hochschalt . . . . . 425.- 357.50 285.- 175.-	Herrn-Hosen, gestreift . . . . . 695.- 450.-	Damen-Blusen, Mousselin, gestr. Leinen . . . . . 143.- 118.-
Damen-Balbschuhe, schwarz . . . . . 845.- 285.-	Herrn- und Kinder-Hüten . . . . . von 16.5 an	Damen-Blusen, Sportfason, römische Streifen und weiß Nette . . . . . 158.- 185.- 225.-
Damen-Balbschuhe, braun . . . . . 525.- 475.- 335.-	Knaben-Wasch-Anzüge, je nach Größe . . . . . von 205.- an	Damen-Röcke, blau und Schotten . . . . . von 175.- bis 205.-
Leinen-Kinder-Schuhe, weiß, 31/35 . . . . . 80.-		Kinder-Kleidchen, in Mousselin und gestr. Leinen je nach Größe . . . . . von 85.- an
Damen-Leinen-Schuhe, weiß u. schwarz, Gr. 36/37 85.- bis 110.75		Damen-Kleider, Frotté . . . . . 555.- 305.- 370.-
Turnschuhe, mit Chromsohle, 25/30 80,-, 31/35 70.30, 36/42 102.-		Damen-Kleider, Wollstoff . . . . . 1050.- 975.- 475.- 305.- 240.-
Turnschuhe, mit Ledersohle, 36/42 . . . . . 108.-, 43/46 138.-		Hauskleider aus gestr. Leinen und Mousselin . . . . . 915.- 290.-
Damen-Strümpfe, braun, grau, weiß, und Kinder-Strümpfe zu noch billigen Preisen.		Kruschürzen . . . . . 186.- 174.25 160.- 148.- 123.- 119.50 116.50
Weiß Hemdentuche 46.-, weiß Nette, 80 breit . . . . . 60.-		
Leinen, 80 breit 52.-, 130 breit 85.-, Molestin, feldgrau, zu Arbeitsanzügen 88.-		
Herrn-Hemden, grau gute Qualität . . . . . 42.-		
Herrn-Normalhemden, mit u. ohne Einsatz, mit soliden Streifen		

Mengenabgabe vorbehalten! Annahme von Schuhreparaturen Verkauf an alle Einwohner Groß-Berlins!

# KVG Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Hauptgeschäft: Kommandantenstraße 80 81

2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Straße 33
3. Verkaufsstelle: Lietzenberg-Friedrich-Allee 82
4. Verkaufsstelle: Neukölln, Berliner Str. 47-49
5. Verkaufsstelle: Norden, Müllerstraße 181
6. Verkaufsstelle: Wilmersdorf, Gieselerstr. 17

# Berlins Haushaltplan 1922.

## Polizeidebatte mit dem üblichen Krakeel.

Die Stadtverordnetenversammlung kann jetzt endlich an die Prüfung des ihr wieder mit reichlicher Verspätung vorgelegten Haushaltplanes für 1922 herangehen. Gestern führte ihn der Kammerer Karding mit einer Rede ein, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Der neue Haushaltplan ist aufgebaut auf der Erwartung, daß die Gemeinden künftig einen größeren Anteil an der Reichseinkommensteuer erhalten. Geschickt das nicht, so muß die Stadt Berlin ihre Ausgaben noch sehr viel weiter einschränken, als dieser Haushaltplan es bereits getan hat. Der Kammerer wandte sich aber scharf gegen die Ueberhebungen, die von den rechtsstehenden Parteien (z. B. kürzlich wieder von Barrer-Rode in einem deutschnationalen Blatt) über die finanzielle Lage Berlins verbreitet worden sind. Die Fraktionen werden sich erst in der nächsten Sitzung äußern. — Nachher folgte eine mehrstündige Streiterei um den Proteststreik der Gemeindegewerkschaften und das Vorgehen der Polizei gegen sie. Redner der Kommunisten, Unabhängigen und Deutschnationalen sprachen (oder vielmehr: schrien) zur Begründung der von ihnen eingebrachten Anträge, und abwechselnd sorgte die Rechte oder die äußerste Linke für den begleitenden Radau. Unser Genosse Franz Krüger stellte fest, daß gerade die Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten durch Verschleppung der Lohnangelegenheit die bedauerlichen Vorkommnisse verschuldet haben.

In der heutigen, kurz nach 5 Uhr begonnenen Sitzung wurde zunächst die Vorlage betreffend die Neuordnung des Krankenpflegeausbildungswesens und die Umbildung der städtischen Schwefelkranke in eine Krankenpflegeorganisation an den allgemeinen Krankenhaushalten der Stadt Berlin weiterverhandelt. Dabei gelang es den Vertretern der Linken, entgegen dem Ausschußantrag, den ursprünglichen Magistratsvorschlag zur Annahme zu bringen, die mit 96 gegen 95 Stimmen erfolgte. Danach wird die Krankenpflegeschule neben 200 Schülerinnen 100 Schüler zu der jetzt ministeriell vorgeschriebenen zweijährigen Ausbildung aufnehmen; es ist damit dem Bestreben der Bürokratie, dem weiblichen Geschlecht sein bisheriges Monopol auf diesem Gebiete nahezu in vollem Umfange zu erhalten, ein Riegel vorgeschoben. Entsprechend den Anträgen Heimann-Bent wurde auch die monatliche Pensionszahlung von 150 auf 250 M. heraufgesetzt. Die krankhaften Verläufe der Rechten, dieses Ergebnis wieder zunichte zu machen, scheiterten; ein Antrag v. Conern auf Vornahme einer drittel Leistung fiel mit 96 gegen 95 Stimmen.

Nachdem hierauf ein Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen auf Eingruppierung der Turnlehrerinnen an Lyzeen nach staatlichen Grundgesetzen und auf Abschaffung der Differenzen ab 1. April 1920 angenommen war, brachte der Kammerer Dr. Karding in einer einständigen Rede den Stadthaushalt für 1922 ein. Aus dem Vortrage, der gemäß einem Antrag Heimann (Soz.) im Hinblick auf das wertvolle in seinem Inhalt gebotene Material alsbald gedruckt und den einzelnen Stadtverordneten rechtzeitig zugänglich gemacht werden soll, können hier nur einige wenige Hauptdaten wiedergegeben werden. Die

### Gesamtausgabe beträgt 11 1/2 Milliarden

gegen 6 im Vorjahre; die Ausgabe ist gegen 1919 auf das Achtfache, der Anteil Berlins an der Reichseinkommensteuer aber nur auf das Dreifache gestiegen. Die Einnahmewellen der Wohnungsluxussteuer und der Hausangehörigensteuer sind vom Reichsrat bzw. von der Aufsichtsbekanntmachung entwertet worden. Die Gewerbesteuer wird für 1922 stark angespannt, die Grundsteuer verdoppelt. Die Schaffung von Groß-Berlin hat wertvolle Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit zuwege gebracht; auch in den städtischen Betrieben hat die Wirtschaftlichkeit zugenommen, die Zahl der nichtständigen Angestellten und der Arbeiter ist um 7500 vermindert; bei den Beamten ist eine Steigerung der Leistung durch die Einführung des Achtstundentages erreicht worden. Der Gesamtverlust aus der Kriegswirtschaft beläuft sich auf 1300 Millionen. Das Wirtschaftssystem, das zuletzt bei der Nord-Süd-Bahn durchgeführt wurde, soll auch bei der Fleischgroßmarkthalle, bei den städtischen Häfen und eventuell bei der Straßenbahn Anwen-

dung finden. Die Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Anleihen führt der Kammerer auch auf den Eindruck zurück, den die Berichte über die „unglücklichen Formen“ der Verhandlungen im Berliner Stadtparlament fortgesetzt in der Provinz hervorgerufen. Für die weitere Vereinfachung der allgemeinen Verwaltung wird auch ferner seitens der Verwaltung alles aufgeboten werden.

Um 1/2 Uhr trat sodann die Versammlung in die Erörterung der Anträge ein, die sich mit den

### Vorgängen am 2. Mai vor dem Rathaus

befassen. Der Vorsteher Caspari teilte mit, daß Oberbürgermeister Böhm durch eine Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages, Bürgermeister Ritter durch Teilnahme an einer Reichsratsitzung zeitweilig verhindert sei. Nach Schumacher (Komm.), der sich in Angriffen gegen den „Vorwärts“, gegen den Polizeipräsidenten Richter, gegen die Schupo, gegen den Heineschen Schieberlaß erging, sprach in der Form sehr viel gewählter, in der Sache vielleicht noch härter Dr. Rosen von den II. Soz. Rube als Vertreter der Deutschnationalen forderte den Magistrat auf, für den Schutz der Arbeitswilligen zu sorgen und die Urheber und Teilnehmer des Streiks zu mahnen. In der Aussprache beschränkte sich das Zentrum auf eine formulierte Prinzipienklärung, die sich mit der im Landtage von Prof. Hahndorfer (Soz.) billigte durchaus die zur Sicherung von Ruhe und Ordnung getroffenen Maßnahmen, behauerte aber das Ausbleiben jeglicher Erklärung vom Magistratsseits und lehnte schließlich auch den Antrag der Rechten ab, daß die „Szene nicht zum Tribunal werden“ dürfe. Genosse Krüger, der nach 1/10 Uhr zum Wort kam, stellte fest, daß es vor allem darauf ankomme, die Wiederholung solcher Zusammenstöße zu verhindern, und in dieser Hinsicht seien zwischen dem Polizeipräsidenten und den Gewerkschaften Richtlinien und Grundzüge vereinbart worden, die jede Bürgerpflicht für die Erfüllung dieser Erwartung böten. Nicht gegen den Magistrat hätte die städtische Arbeiterkammer demonstriert. Die Kommunisten hätten mit äußerster Kraftanstrengung die Vorgänge des 2. Mai agitatorisch gegen die Sozialdemokratie auszuschielen versucht, und dabei habe die

„Rote Fahne“ mit Tosen und Bewunderten nicht gespart. Die Sozialdemokratie sei der Ueberzeugung, daß die Realisation der Kommunisten gerade den Bestrebungen auf Sozialisierung den schlimmsten Abbruch zu tun geeignet sei und jedenfalls zur Beruhigung der Erregung in der Arbeiterkammer nicht beitrage. Die sozialdemokratische Fraktion lehne daher sämtliche Anträge ab mit Ausnahme des kommunistischen Antrages, der verlangt, daß die Technische Ratshilfe nicht zu einer Streikbrecherorganisation ausgebaut werde. Die Partei stehe hier mit ihrer Auffassung durchaus auf dem gleichen Boden.

Ein Antrag auf Vertagung der weiteren Beratung wurde abgelehnt. Bei Schluß des Berichtes dauerte die Sitzung fort.

## Die Fälscheraffäre Anspach.

### Neue Feststellungen und Zeugenaussagen.

Das Material, das sich gegen den Meisterfälscher Anspach und gegen seine bisher persönlich noch nicht genannten Abnehmer und — Auftraggeber häuft, wird immer umfangreicher und verwickelter. Ein absonderlicher geistiger Defekt des gefährlichen jungen Mannes scheint sich auch in der Tatfrage zu äußern, daß er noch seiner Festnahme äußerte: „nicht für Geld für die Entente gearbeitet zu haben, sondern nur um seinen Nachhaken zu befriedigen“. Wiederholt soll er sich gerühmt haben, daß er „der eigentliche Vetter der deutschen Außenpolitik“ sei. Mit Freude und Befriedigung habe es ihn jedesmal erfüllt, wenn er die Wirkung einer Fälschung in diplomatischen Verhandlungen und Notizen gesehen habe und jedesmal habe ihn diese Wirkung zu einer neuen Fälschung angestachelt.

Seiner Behauptung, daß er sich für seine Fälschungen nicht habe bezahlen lassen, stehen Zeugenaussagen zu anderen Personen gegenüber, die auf das Gegenteil schließen lassen. So bekunden Leute, daß er ihnen gesagt, er hoffe mit Polen in Geschäftsverbindung zu kommen. Ob die Ententefellen wirklich alles für „echt“ gehalten haben, steht dahin. Bekanntem gegenüber hat sich Anspach dahin geäußert: Man habe ihm in einzelnen Fällen, wenn er kein Material

liefern konnte, geradezu gesagt, „er solle etwas erfinden“. So erzählte er auch von einem Auftrag, den

### Verbleib der sieben deutschen weitrtragenden Geschütze

zu ermitteln. Als er darauf erklärt habe, die könne er doch nicht mehr ermitteln, weil sie ja gesprengt seien, habe man ihm gesagt, dann solle er wenigstens die Konstruktionspläne beschaffen. Dazu habe er sich außerstande erklärt. Ueber die Stellenbesetzung des Reichsheeres dagegen konnte er aus eigener Phantasie sehr wohl die erwünschten Mitteilungen machen, ebenso über die Geheimvereinigungen von ehemaligen Heeresoffizieren und den Ring deutscher Flieger, über die er nach verschiedenen Äußerungen nach Mainz berichtete. Auch einen geheimen Eisenbahn-Wohlfühlungsplan für den Fall eines neuen Arztes konnte er liefern. Um des Bild seiner Persönlichkeit zu vervollständigen, sei noch mitgeteilt, daß Anspach der 12. Kompanie des Infanterie-Regiments 164 im Feldzug angehört hat und bei diesem Truppenteil verwundet wurde. Im Oktober 1918 ist er desertiert. Für die weiteren Ermittlungen ist die Mitteilung wichtig, daß der Fälscher unter den Namen Paul Kerbach, Dr. Erich Kerbach, Franz Walter Heuer und Dr. Erich Burghardt aufgetreten ist. Unter diesen Namen hat er verschiedentlich politische Agitationen getrieben. Eine Zeitlang war er Mitglied des Spartakusbundes. So schwebte auch schon einmal ein Prozeß gegen ihn, aus dem er jedoch durch die Revolution befreit wurde. Einmal sollte er verhaftet werden, als er unter falschem Namen auf einer Bank in der Behrensstraße arbeitete. Hier hatte er aber einen Wink bekommen, so daß er sich der Festnahme entziehen konnte. Später wurde dann sein Aufenthalt in Sieglitz ermittelt. Als Beamter der Abteilung Ia ihn dort überraschten, versuchte er zu entfliehen, indem er über einen Bretterzaun kletterte. Er blieb jedoch mit dem Hosenboden am Zaun hängen und wurde ergriffen. Trotzdem gelang es ihm, seine Freiheit wiedergewinnen, um seine Fälschungen fortzusetzen.

Bei dem Bericht im gestrigen Abendblatt über den Fälscher Anspach ist uns ein Irrtum unterlaufen. Die Mitteilungen entstammen nicht der dort genannten Korrespondenz, sondern der Polizeikorrespondenz „Berliner Neuigkeiten“.

### Unentwegt „Königlich“!

Wie ein Hohn auf die Republik muß es wirken, wenn man immer wieder in Ausschüßen und Einschüßen mancher Behörden oder den Gebrauch der Bezeichnungen „Königlich“ oder „Kaiserlich“ findet. Ob die Ausschüsse nur aus Unachtsamkeit bisher verbummelt worden oder aus Dummheit absichtlich unterlassen worden ist, läßt sich in der Regel schwer entscheiden. Aus den Mitteilungen, die uns über solchen Unfug noch bis in die allerletzte Zeit immer wieder zugegangen sind, können wir nur gelegentlich eine kleine Auswahl wiedergeben. Hier wollen wir einige von nach „Königlichen“ Behörden unterzeichnete Bekanntmachungen niedriger hängen, die man in Berlin auf offener Straße sehen kann. In der Invalidenstraße stehen vor und hinter ihrer Ueberführung über die Sehter Bahn ein paar Tafeln, auf denen die „Königliche“ Eisenbahndirektion laut, daß die Brücke nicht mit Lasten über 10 000 Kilogramm besetzt werden darf. Nicht weit davon, am Ufer des dort vom Humboldthafen ausgehenden Schiffahrtskanals nach Spandau, wird Unbefugten das Betreten des Geländes der Hamburger Bahn verboten durch eine Tafel, die von dem „Königlichen“ Betriebsamt III unterzeichnet ist. Am entgegengesetzten Ende Berlins, in der Stralauer Allee, sind an dem Gemäuer der Kinobahnüberführung ein paar Tafeln angebracht, auf denen der „Königliche“ Polizeipräsident anordnet, Schritt zu fassen. Alle diese noch aus der „Königlichen“ Zeit überkommenen Tafeln in der Invalidenstraße, am Schiffahrtskanal und an der Stralauer Allee sind herab, so daß eine Ausschüttung des Wortes „Königlich“ ohne viel Mühe und Kosten mit etlichen Pinselstrichen zu besorgen wäre. Wir müssen uns wundern, daß noch nicht aus der Bevölkerung jemand versucht hat, den Behörden die geringe Mühe abzunehmen und eigenmächtig den ungehörigen Zusatz zu beseitigen. Freilich wollen wir das keinem raten, denn empfindliche Behörden könnten so etwas als Sachbeschädigung übelnehmen, die vom Gericht rückwärts bestraft wird. Das hätte noch gefehlt! Bei dieser Gelegenheit möchten wir anfragen, ob nicht auch am Gebäude des Amtsgerichts Neukölln das sandsteinerne „Königlich“ ausspartet werden soll. In vielen Aufschriften an uns ist das immer wieder gefordert worden, meist mit dem Hinweis, daß gerade in einem Ort wie Neukölln das „Königlich“ als Provokation wirken muß. Oder ist inzwischen doch endlich die Ausschüttung erfolgt? Auch die Laubstummeln anstatt in Neukölln hätte längst die an ihrer Front prangende Bezeichnung „Königlich“ abtun können.

## Der Ruf durchs Fenster.

4) Roman von Paul Frank.

Albert Reuß fühlte, allein geblieben, den unangenehmen Druck gegen die Schläfen in erhöhtem Maße; ihm war, als sige ihm um die Stirn ein eiserner Keil. Ringförmig kreiste die Beklemmung um seinen Kopf, dem er trotz mehrmaligen Schüttelns keine Erleichterung zu verschaffen vermochte. Er empfand gleichzeitig eine Mattigkeit, eine Niedriggelagenheit, eine seltsame Schwere in Händen und Füßen. Er hatte die Augen geschlossen und stellte fest, als er die Lider nach einer Weile öffnete, daß Ludwig ihn ebenfalls verlassen hatte. Er drehte sich mit seinem Fauteuil, dessen Bauart solches gestattete, herum, streckte beide Beine weit aus und ließ den Blick auf die gegenüberliegende Wand fallen, an der auf einem Haken neben dem Vorbeertanz das Kostüm hing, das er heute abend zum erstenmal getragen und das er eben abgelegt hatte. Seine Farbe, die er erst nach langem Zögern ausgewählt hatte und die ihm vornehm und geschmackvoll erschienen war, tat ihm, ohne daß er sich über die Veränderung Rechenschaft zu geben wußte, weh, nach ihm, unvermittelt grellrot geworden, ins Auge. Auch wuchs die Fläche, ebenfalls rot entflammend, plötzlich ins Wahloie. Ihm war, als hätten die Kranzschleifen sich über die ganze Wand verbreitet und schließlich den Raum erfüllt. Aus dem Spiegel, den er mit einem schüenen Blick nur fireifte, traten strahlende Blicke ihm entgegen. Ein Schwindelgefühl überkam ihn, da um ihn her eine Legion von Sternen zu tanzen schien, deren strahlende Helligkeit das Meer von Purpur überglänzte, das ihn zu verschlingen drohte. Ein Kältegefühl überriefelte seinen Rücken, das durchaus nicht zu dem Flammenmeer passen wollte, das ihn ungestüm verdrängte und „erregte“, und zugleich war ihm, als verliere er jeden Halt unter den Füßen, als verliere er ins Bodentlose. Er sah reglos da, hörte nichts, sah nichts. Fern von seinem Ohr war eine leise Stimme bemüht, sich verständlich zu machen. Er richtete den leeren Blick ins Antlitz seines alten Dieners, dessen Züge ihm eben noch fremd gewesen waren, die er aber alsbald, nachdem er sie eine Weile ernsthaft betrachtet hatte, voll freundlicher Genugtuung erkannte. Aus den Kranzschleifen, aus der Kontur des Kostümrocks zuckten hier und dort noch bläuliche

Flämmchen, die jedoch seltener hervordrachen und schließlich gänzlich erstarben, worüber der Schauspieler eine ausgesprochene Befriedigung empfand.

„Was hat der gnädige Herr nur gehabt?“ fragte das Faktotum in besorgtem Ton. „Daß der gnädige Herr geschlafen haben, kann man wohl nicht annehmen, weil die Augen doch offen gewesen sind...“

„Natürlich sind meine Augen offen gewesen...“ sagte der Schauspieler langsam, wie erwachend.

„Aber ich rufe doch schon eine langmächtige Zeit, ohne eine Antwort zu bekommen! Ich bin ordentlich froh, daß der gnädige Herr sich wieder gerührt hat... So einen Scherz dürfen der gnädige Herr aber nicht mehr machen...“

Albert Reuß nahm sich zusammen, half mit den auf die beiden Lehnen gestützten Armen nach und erhob sich. Es ging leidlich gut.

„Wie lange mag der Scherz wohl gedauert haben?“ fragte er.

„Nur ein paar Minuten“, antwortete der Diener. „Aber mit war's lange genug. Mich so zu erschrecken!“

Der Schauspieler stand leidlich stramm und schloß, um sicherer auf den Beinen zu stehen, die Hacken. Das war kein Scherz, mein lieber Ludwig, dachte er... Aber ich weiß nämlich selbst nicht, was es gewesen ist... Ich werde doch nicht krank werden wollen? Unsinn! Das darf nicht kommen, gerade jetzt, wo das Gastspiel vor der Tür steht... Er schüttelte den peinlichen Gedanken eilig ab und begann sich der langwierigen, mühseligen Proben, die er nun überstanden, die mit der Premiere, die glücklich hinter ihm lag, ihr Ende gefunden hatten.

„Kein Wunder, nach der anstrengenden Rolle...“ mündete er sich an Ludwig, der ihm beim Anlegen des Pelzmantels behilflich war. „Die frische Luft wird mir hoffentlich gut tun...“

„Bestimmt — ganz bestimmt...“ wünscht der gnädige Herr vielleicht, daß ich ihn begleite?“

„Was fällt dir ein? Wegen des leichten Unwohlseins vorhin? Des vergessenen wir alle heidel! Auf Wiedersehen, mein Sohn!“ Er brannte, in alter Gewohnheit, obwohl das Rauschen im Hause streng verboten war, die abendliche Zigarre an, rückte den Hut aus der Stirn und verließ seine Garderobe. Als er den Schneidengang der Treppe abwärts stieg, fühlte er sich erträglich unbehelligt, abgesehen von jener leichten Dumpf-

heit, die hartnäckig hinter seiner Stirn sich eingenistet hatte. Der Türhüter begrüßte ihn ehrerbietig, überreichte ihm einen Brief, den der Schauspieler, ohne einen Blick auf den Umschlag zu werfen, in die äußere Manteltasche schob, und öffnete die Tür, vor der die jugendlichen Schwärmer Aufstellung genommen hatten, die entschlossen waren, die Feier, die der eiserne Vorhang unerbittlich abgeschnitten hatte, der Winterkälte zum Trotz, im Freien fortzusetzen, und die, als sie seiner erfreut ansichtig geworden waren, in einen Schwall von Hochrufen ausbrachen, die er, eine Weile auf dem Treppenaufgang vorerst geduldig verharrend, hierauf lächelnd abzuwehren versuchte, was ihm jedoch nicht gelang. Er mußte die ursprünglich gefasste Absicht aufgeben, das Abfluten des Getümmels abzuwarten, und so stieg er endlich, mutig geworden, Stufe um Stufe herab, der ihn undrangenden halbwildigen Jungen und Mädchen nicht achtend, lästete mit einer langamen, runden Geste den Hut, nickte, freundlich lächelnd, mit dem Kopf und rief: „Geht doch nach Hause, Kinder!“, schob einen Betsel, der ihm, frecher und minder respektvoll als die anderen, den Weg vertrat, energisch beiseite und gewann schließlich die Fahrtrasse, die er eilig überschritt. Von der anderen Seite verfolgte ihn das allmählich verhallende Rufen. Da lag er in eine schmale, finstere Seitengasse ein und kam sich geborgen vor.

Er besann sich der Worte, die er zuletzt zu Ludwig gesprochen hatte, deren Zweck vor allem war, sich selbst Beruhigung zu verschaffen; er wiederholte sie mehrmals und fand, daß der Sinn des Satzes unbedingt schlagkräftig und einleuchtend genannt werden mußte. Die anstrengende Rolle ist die gefuchte Erklärung für das, was mir vor einer Stunde zugefallen ist, dachte er. Ich habe, wenn ich mich der abgelaufenen drei Wochen erinnere, einfach Raubbau mit mir selbst getrieben, mir zugemutet, was über meine Kräfte gehen mußte. Wenn ich außerdem noch den kleinen Unfall in Rechnung stelle, der mich betroffen, sind die Voraussetzungen in ihrer Vollständigkeit und Richtigkeit wohlferant. Ich werde in Zukunft vorlässiger sein und mir ein bequemeres Tempo angewöhnen müssen. Außerdem will ich morgen gleich um eine entsprechende Verlängerung meines Sommerurlaubs anfragen. Hedwig, die ohnehin zur Ueberzeugung neigt, sage ich natürlich von der ganzen harmlosen Geschichte nichts, da es doch keinen weiteren Zweck hätte, sie unnötig in Anhaft zu verlegen... (Fortf. folgt.)



# Die Aufgaben der Eisenbahnverwaltung.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde auf Antrag Müller-Franken die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken von der Tagesordnung abgesetzt. Das Haus fährt in der Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fort. Dabei bezeichnet Abg. Quast (D. Sp.) die Unterlagen, die die Regierung zur Prüfung des Etats gab, als außerordentlich dürftig.

## Reichsverkehrsminister Groener:

Wenn der Geschäftsbericht für das Jahr 1920 noch nicht fertig gestellt werden konnte, so lag das an den Kriegsverhältnissen. Der Minister ging dann auf die verschiedenen Wünsche, die der Vorstand im Hauptausschuss geäußert hatte, ein und wies an Hand einer umfangreichen Zahlenmaterie nach, daß die Verkehrswirtschaft die Fortschritte im wesentlichen erreicht haben. Der technische Apparat der Reichseisenbahnen ist leider nicht in der Lage, die Schwierigkeiten der Wagenherstellung zu beheben. Verkehrsstörungen, wie sie in Hamburg, im Ruhrgebiet und in Sachsen eintraten, sind nur bei gemeinsamen Vorgehen zu beheben. Leider aber stehen Industrie und Handel der Eisenbahnverwaltung gewissermaßen als Feinde gegenüber. Das Jahr 1920 bedeutet für die Eisenbahn das Ende der Länderverwaltung. Das Defizit des Jahres 1920 ist um von den Ländern übergeben worden, so daß eine Bilanzierung des Etats nicht möglich war. Das Defizit betrug 15,6 Milliarden, und kaum war es auf 5 Milliarden herabgemindert, da kam die Salutarwelle und ließ es wieder auf 10,8 Milliarden ansteigen. Das nächste Jahr wird nicht unerheblich günstiger abschließen. Aus einer ganzen Reihe von Gründen können wir der Salutarbewegung nicht allzu sehr nachhaken. Ihr voraus zu laufen, halte ich für nicht richtig. Ich kann nur wünschen, daß die Tariffschraube nicht immer wieder durch Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise, der Gehälter und Löhne in Bewegung gesetzt wird. Den technischen Fortschritt wollen wir nach Kräften fördern und den Kohlenverbrauch verringern. Wir sind bemüht, die Werkstätten zu modernen Unternehmungen zu machen. Leider ist das Personal noch nicht richtig verteilt, was allerdings mit der Wohnungsfrage zusammenhängt. Wir sind jetzt dabei, den Entwurf eines Eisenbahnfinanzgesetzes auszuarbeiten, der meine Zustimmung findet. Bei der Verringerung des Personals können leider die Techniker nicht in dem gewünschten Maße berücksichtigt werden. Die Aufgaben des Mitteleuropäischen Reisebüros kann die Reichszentrale ebensowenig übernehmen wie die Geschäfte der Mitropa. Die Verhandlungen über Dienst- und Ruhezeit werden hoffentlich bald zum Abschluß kommen.

Der Minister kam dann auf den letzten Eisenbahnerstreik zu sprechen und betonte mit Nachdruck:

## daß die Beamten ein Streikrecht nicht besitzen.

Ein streikender Beamter bricht seinen Eid und verletzt die übernommenen Pflichten. Unter Verächthung der verschiedenen Regierungserlasse kann nicht behauptet werden, ein Beamter habe sich im guten Glauben befinden, das Streikrecht zu besitzen. Bei der Durchführung der Disziplinarmaßnahmen sind für das Reichsverkehrsministerium die Richtlinien maßgebend gewesen, die das Kabinett aufgestellt hat. Die Richtlinien sind sogar noch gemildert worden. Der Begriff der Urheberschaft wurde dahin ausgelegt, daß Urheberschaft nicht vorliegt, wenn ein Beamter die Streikparole nur weitergeleitet und zu ihrer Befolgung aufgefordert hat. Die Einleitung von Disziplinarmaßnahmen, die Durchführung der Rüdigungsvorfahren, sind ebenso wie die Voruntersuchungen in den fernliegenden Disziplinarverfahren zum großen Teil abgeschlossen. Den Disziplinarakten sind bisher 105 Fälle übermiesen worden. In 40 bis 50 Fällen ist die Entscheidung wegen Uebertretung noch nicht gefällt. Es werden also im ganzen Reihe die Disziplinarakten in etwa 150 Fällen zu entscheiden haben, und im ganzen sind 168 Rüdigungen ausgesprochen, was bei der Gesamtzahl von weit über 100 000 am Streik beteiligten Beamten ein geringer Prozentsatz ist. Etwa am Anlaß des Streiks verfügte vorläufige Zurückstellungen von der Zulassung zur Prüfung oder von der Anstellung und Beförderung sind aufgehoben worden. Der Streik wird von uns als etwas Vergangenes angesehen, um das Vertrauen der Beamtenchaft wieder herzustellen.

Abg. Wieland (Dem.) fordert, daß die Unterschiede in der Arbeitszeit, die zwischen Nord- und Süddeutschland bestehen, durch das Arbeitszeitgesetz beseitigt werden. Die Eisenbahn bedürfe einer grundlegenden Neuorganisation. Der gemischt-wirtschaftliche Betrieb wäre die geeignete Form.

## 4. Verbandstag der Bauarbeiter.

### Die Sprengung des Verbandstages durch Kommunisten.

Leipzig, 10. Mai.

In der Abstimmung über die zum Vorstandsbereich gestellten Anträge wurde beschlossen, für die Russenliste 500 000 Mark an den ADGB zu übermitteln.

Ueber sämtliche Anträge, die sich mit der Schreibweise des „Grundstein“ beschäftigen, ging der Verbandstag mit sehr großer Mehrheit zur Tagesordnung über, lediglich den Antrag, mehr wirtschaftliche Artikel zu bringen, überwies er zur Berücksichtigung. Er bestätigte mit übergroßer Majorität den Neutralitätsbeschluss des Karlsruher Verbandstages und stimmte der damals gefassten Resolution in allen Punkten erneut zu.

Der Antrag, die Amtsführung von Vorstand, Redaktion und Verbandsausschuss zu billigen, wurde bis zur Entscheidung weiterer Punkte der Tagesordnung zurückgestellt, desgleichen die Abstimmung über die im gestrigen Bericht mitgeteilten Beschlüsse der Beschwerdekommission über die vom Vorstand vorgeschickten Ausschüsse aus dem Verband. — Pöplow hielt den einleitenden Vortrag zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

## „Änderung der Satzung zur Schaffung eines Bauergewerksbundes“.

Er führte aus, über den Bauergewerksbund sei seit Jahr und Tag soviel geredet und geschrieben worden, daß auf längere Begründung verzichtet werden könne, warum der Verbandsvorstand immer erneut den Auftrag bekommen habe, für den Bauergewerksbund zu wirken und nun einen Satzungsentwurf vorgelegt hat. Auch ein mit der Behandlung der Frage betrauter Ausschuss des ADGB hat den bauergewerksbündlichen Verbänden die Mitarbeit zur Gründung des Bauergewerksbundes empfohlen. Verhandlungen, auch solche aus den letzten Tagen, mit den in Frage kommenden Organisationen haben zum Teil nicht zur Zustimmung geführt, zum anderen Teil aber schon seit längerem Erfolg gehabt. Der Vorstand habe sich deshalb zur Vorklage eines ihm geeignet erscheinenden Satzungsentwurfs entschlossen. Danach soll der Deutsche Bauergewerksbund im Rahmen des ADGB, die gewerkschaftliche Organisation werden für alle in der Industrie Beschäftigten (Arbeiter und Arbeiterinnen, Werkmeister, Jugendliche und Lehrlinge) soweit nicht durch die Berufskörpers des ADGB, oder durch besondere Kartellverträge die Zuständigkeit anderer Organisationen für bestimmte Arbeitergruppen festgelegt wird. Wo hier nur in großen Zügen angebeutete programmatische Aufgaben stellt sich der Bund:

## Vergesellschaftung des gesamten Bau- und Wohnungsbaus.

Beteiligung des Wohnungsbauers, Erzeugung und Verteilung der Baustoffe sowie Herstellung aller Bauwerke nach Bedarf. — Wirtschaftliche Grundfragen.

Nachdem Pöplow betont, daß mit dem Programm nicht etwa

Reichsverkehrsminister Groener erklärt, daß die Verwaltung bemüht ist, das Personal auf das notwendige Maß zu vermindern, daß das Gutachten des Reichsverbandes der Industrie den Personalbestand aber zu niedrig einschätzt.

## Die Kohlenversorgung

sei eine seiner ernstesten Sorgen, und es solle alles geschehen, um sie sicherzustellen. Die Schwierigkeiten der Wagenherstellung seien behoben. Auch der letzte Wagen könne gestellt werden, und wenn es nötig sei, darüber hinaus noch täglich 3000 andere. Jetzt komme alles darauf an, die Kohlenproduktion zu fördern; denn diese Zeit sei die beste, um die Vorräte abtransportieren und der Industrie zuführen zu können. Die Halbenbestände seien seit dem 1. April auch schon wesentlich herabgegangen. Die Reparaturen der Lokomotiven machen gute Fortschritte. Es sind bereits 65 000 Tonnen Kupfer wieder eingebaut worden. Wenn die restlichen 35 000 noch eingebaut sind und auch die erforderlichen Kessel repariert sind, dann kann man davon sprechen, daß hinsichtlich der Lokomotiven die Schäden des Krieges beseitigt sind. Wir hoffen, daß wir bis zum 1. April nächsten Jahres diese Arbeit erledigt haben werden. Der neue Reichseisenbahnrat wird am 1. Juli zur Frage der Tarifpolitik seine Beratungen aufnehmen. Alle Wünsche auf Niedrighaltung der Personalentlohnung werden wohlwollend geprüft werden. — Zum Schluß erklärt der Minister, er sei zwar ein Freund des gemischt-wirtschaftlichen Betriebes, aber es sei doch reichlich zu überlegen, inwieweit er auf die Reichseisenbahn Anwendung finden kann; denn hier handle es sich um ein zeitlich unbegrenztes und räumlich sehr ausgedehntes Unternehmen.

Abg. Kaufhäuser (U. Sp.) sagt, der Kampf um die Eisenbahn spiegelt deutlich die erstarbte Macht des Privatkapitalismus wider, und die Erklärung des Ministers sei nicht danach angetan, die Bestrebungen zurückzudrängen, die Eisenbahn in Privatbesitz zu überführen. Der Redner geht dann sehr ausführlich auf die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie ein, die er als ein ganz demagogisches Machwerk bezeichnet. Wir sind für jede Reform, die auf eine Entbürokratisierung des Verkehrswezens abzielt, wir sind aber ebenso gegen eine Privatisierung der Reichseisenbahn. Ganz besonders haben Entlohnungen dem Reichsverkehrswezen geschadet. Die Folge davon ist, daß eine wahre Flucht von qualifizierten Arbeitern aus den Eisenbahnwerkstätten stattgefunden ist, daß Ueberstunden gemacht und daß Aufträge an Privatunternehmungen gegeben werden müssen, wodurch man der Privatwirtschaft ungeheure Gewinne zukommen läßt. Von Vorteilen kann also doch keine Rede sein. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über das Arbeitszeitgesetz sind gescheitert an der Auslegung der Dienstbereitschaft durch den Verkehrsminister, der im Grunde nichts anderes als die Aufhebung des Achtstundentages will. Dazu kommt die willkürliche örtliche Auslegung. Wir halten unbedingt am Achtstundentag fest und sind gegen tarifliche Abmachungen über seine Auslegung. Entgegen den Versprechungen des Reichskanzlers wird doch den streikenden Eisenbahnern gegenüber Kachepolitik getrieben. Unter damaliges Mißtrauen war durchaus berechtigt. Die Industrie hat ihre Lehren daraus gezogen und tritt reaktionärer als je auf. Die Beamten haben das Streikrecht als Bestandteil des Koalitionsrechts gemäß der Rechtsprechung. Ob die streikenden Beamten wieder eingeleitet werden oder nicht, ist eine Rechtsfrage. Der Reichskanzler hat feierlich zugesagt, daß Massenmaßnahmen nicht stattfinden sollen. Diese Zusage ist nicht gehalten worden. In Zukunft werden die Gewerkschaften den Zugängen und Richtlinien der Regierung bezüglich des Streikabbruchs gegenüber vorsichtiger sein. Standaß ist es, daß der Verkehrsminister Gewerkschaften protegiert, die nach dem Streik gegen die streikenden Gewerkschaften gegründet worden sind. Der Minister hat sogar die neue „Gewerkschaft deutscher Reichseisenbahnbeamten“ aufgeföhrt. Ihm die Fälle anzuhängen, die müder beurteilt werden könnten. (Hört, hört! Zuruf: Schutz!) Die Beamtenräte müssen zur Nachprüfung der Massenmaßnahmen hinzugezogen werden. (Lebhafter Beifall bei der Bank.)

Nach Ablehnung eines kommunistischen Vertagungsantrags, wobei zunächst ein sehr langwieriger Namensaufruf droht, der aber unnötig wird, da sich der Saal inzwischen gefüllt hat (Heiterkeit), sprechen noch nach 7 Uhr die Abg. Dauer (Bayr. Sp.) und Bach (Komm.). — Freitag, 1 Uhr: Einzelberatung des Haushalts der Reichsverkehrsverwaltung.

ein Abgehen von der bisherigen grundsätzlichen Einstellung des Vorstandes und Verbandes etwa im Sinne der „Weiterrevolution“ beabsichtigt sei, erstrecken sich seine übrigen Ausführungen auf die eingehende Darlegung der für den Bund vorgesehenen beruflichen Gliederung, Gliederung der Beitragsleistung usw.

In der Diskussion über die Satzung zur Schaffung eines Bauergewerksbundes sprachen die beiden Vertreter des ADGB, sowie des Töpferverbandes die freudige Bereitschaft ihrer Organisationen zur Beteiligung an der Gründung des Bundes aus über eine differierende Auffassung zwischen Töpfern und Bauarbeitern über die Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften hofft man zu einer Verständigung zu kommen, wogegen die beiden Vertreter des Steinarbeiterverbandes und des Bundes der Technisch-industriellen Angestellten sich zum bisher abweichenden Standpunkt ihrer Organisationen äußerten. Für die Steinarbeiter wird der in 14 Tagen stattfindende Verbandstag die Frage entscheiden. Falls die Entscheidung ablehnend aus, so möge der Bauarbeiterverband von Zwang und

## Herausbeschwörung von Grenzstreitigkeiten

durch die Ausdehnung des Organisationsgebietes auf die Industrie der Steine absehen und das Zusammenkommen der beiden Verbände der weiteren freien Entwicklung überlassen. — Für den Bund der Technisch-industriellen Angestellten hat eine Reichskonferenz, an der auch Pöplow teilgenommen, beschlossen, das auch vom Bund durchaus als notwendig erkannte und freudig begrüßte Zusammengehen von Hand- und Kopfarbeitern im Bauergewerbe vorläufig durch ein Kartellverhältnis sicherzustellen, jedoch noch nicht bis zur völligen Verschmelzung zu gehen. Vorläufig habe die Technikerorganisation noch Aufgaben so besonderer Art zu erfüllen, daß es nicht angehe, durch das Herausnehmen der Bautechniker aus der Technikerbewegung deren Geschlossenheit zu zerschneiden, ebensowenig wie sie vorläufig noch ihre Selbstständigkeit ausüben könnte. Deshalb möge man zum praktischen Zusammenarbeiten vorläufig auf den schnellen

## Abschluß eines Kartellverhältnisses

hinstreuen. Vor Beginn der Nachmittagsitzung war der Verlauf des Verbandstages bekanntgeworden, daß die Kommunisten die organisierte Störung des Verbandstages planten und ihre Anhänger zum „aktiven Eingreifen“ aufgefordert hätten. Die Vorkommnisse hatte deshalb die Schließung der Galerien angeordnet. Börsen-Sollingen beschwerte sich gegen die Schließung. Silber Schmidt erklärte unter Zustimmung des Verbandstages, man habe keine Ursache, den Kommunisten die Bewirkung ihrer Störungsabsichten zu erleichtern. Wer an den Beratungen des Verbandstages ein sachliches Interesse habe, könne ohne weiteres an ihm teilnehmen. Auf Antrag der Beschwerdekommission wurden alle Anträge auf Rückerstattung der Streikunterstützung an die Lokalkassen sowie einige andere Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt. Die vorgelegte Entschließung, wonach die Maßnahmen des Verbandsvorstandes

## gegen die kommunistischen Antriebe

gebilligt werden und den Mitgliedern, die kommunistischen Bauarbeitervereinen angehören, bis zum 1. August 1922 der Wiedereintritt in den Verband unter Anrechnung ihrer früheren Mitgliedschaft ermöglicht, wird mit übergroßer Mehrheit angenommen. Ein Antrag, den Wiedereintretenden auch die Mitgliedschaft in den kommunistischen Vereinen anzurechnen, wurde abgelehnt. Hieran wurde der Antrag, die Tätigkeit des Verbandsvorstandes, der Schriftleitung des „Grundstein“ und des Verbandsausschusses gutzuheißen und ihnen Entlastung zu erteilen,

mit allen gegen etwa 3 Stimmen angenommen.

Dann wurde die Aussprache über die Gründung des Bauergewerksbundes fortgesetzt. Die Redner traten alle für die Gründung ein. Nur Vogt-Hannover hielt den Industrieverband schon im jetzigen Bauarbeiterverband für verwirklicht, dem sich die übrigen bauergewerkschaftlichen Verbände einfach anschließen könnten. Die Schaffung selbständiger Fachverbände innerhalb des Bundes halte er nicht für nützlich. Andere Redner, unter ihnen Iken-Hamburg, bedauerten, daß sich bis jetzt nur wenige Organisationen zur Mitbegründung des Bauergewerksbundes bereit erklärt hätten. Reiner-Stuttgart (Stuttgarter) erklärte, daß sich die Stuttgarter im Bauarbeiterverband sehr wohl fühlten und daß sie sich keineswegs nach ihrem früheren Fachverband zurückzögen. Mehrere Redner begrüßten es lebhaft, daß der Verbandsvorstand ein besonderes Jugendblatt als Beilage zum „Grundstein“ geschaffen hat.

Kurz vor 5 Uhr wurde der Verbandstag von einer unter kommunistischer Leitung stehenden Menge gestört. Die Demonstranten sprengten einige Galerien und Saalküren und stürzten unter lautem Lärm in den Saal, so daß der Vorsitzende die Sitzung schließen mußte. Die Eindringlinge besetzten die Galerie und die Bühne sowie die Gänge im Saal. Im Saal kam es zu tätlichen Angriffen gegen einzelne Delegierte. Bemerkungen gegen Verbandsmitglieder und gegen die Leitung des Verbandstages wurden laut. Man verlangte, daß der Vorsitzende spreche. In dem Lärm ergriff ein kommunistischer Delegierter das Wort, der zur Bestimmung mahnte. Nach kurzer Zeit erschien der Leiter der Demonstration, Friß-Hedert, im Saal und hielt eine längere Rede, in der er Angriffe gegen einzelne Verbandsmitglieder und andere Personen erhob. Er fand den lärmenden Beifall der Demonstranten. Es wurde verlangt, daß der Verbandstag die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kommunisten in den Verband beschließe. Hedert selbst erklärte, für sich und einige andere auf die Mitgliedschaft zu verzichten. Von den Teilnehmern des Verbandstages antwortete auf Fragen Hederts das Verbandsmitglied Ellinger und der Bezirksleiter Hüttmann. Kurz vor 7 Uhr forderte Hedert die Demonstranten zum Auseinandergehen auf. Diese zeigten aber dazu keine Lust, zogen schließlich aber unter dem Gesang der Internationale ab.

Bereits am Abend zuvor war in einer von den Kommunisten einberufenen öffentlichen Versammlung, in der Hedert sprach, zu aktiven Angriffen aufgefordert worden. Kommunistische Delegierte des Verbandstages waren an der Auforderung zum Eingreifen und an der Organisation des Ueberalles beteiligt. Die große Mehrheit der an dem Sturm auf den Verbandstag beteiligten Menge bestand aus jungen Burschen, von denen ein großer Teil der kommunistischen Jugend angehörte, auch Frauen und junge Mädchen waren darunter. Die Zahl der an dem Ueberfall beteiligten Bauarbeiter war nach Angabe der Leipziger Gewerkschaft verhältnismäßig gering.

Kurz nach der Demonstration traten Vorstand und Beirat des Verbandes zu einer Besprechung zusammen. Es wurde die Frage erörtert, ob man es auf neue Störungen ankommen lassen oder den Verbandstag in einem anderen Orte fortsetzen wolle. Beschlossen wurde, dem Verbandstage zu empfehlen, den Verbandstag in Altenburg fortzuführen.

## 8. Verbandstag der Fleischer.

### Schluß der Verhandlungen.

Die Aussprache über den nächsten Gewerkschaftskongreß gipelte darin, daß die Vertreter, die zu Worte kamen, ausnahmslos dem Referenten insoweit zustimmten, als die Haltung des ADGB in der Sachverfassung scharf angegriffen wurde.

Bei der Schlichtungsordnung gingen die Redner auseinander in der Auffassung, sie fanden sich wieder im Kampf für die Arbeitsloshilfe (an Stelle der Versicherung). Ferner wurde ein

## scharfer Rues in der sozialen Gesetzgebung

verlangt. Bäckert vom ADGB, verfuhrte mit eindringlichen Worten einen Begriff zu geben davon, wie alle Handlungen des Bundes doch nur ausgehen können von dem, was zu erreichen ist. Er sagte, daß die 10 Punkte im Programm darstellen sollten — keineswegs war man überzeugt, dies nur im Handumdrehen auch erreichen zu können. Von der „Technischen Nothilfe“ rüdte der Verbandstag weit ab. Die Abstimmung über einen Antrag, der sich gegen die „Betriebszeitung“ wandte, ergab keine Ablehnung. Andere Anträge wurden nicht gestellt. Zu Delegierten nach Leipzig wurden Bergmann-Hamburg und Krause-Berlin bestimmt. Bängere Zeit brauchte die Statutenberatung, sie ist für die Öffentlichkeit ohne Interesse. Nur die Streikunterstützung wurde ganz wesentlich erhöht, besonders davon wieder die Kinderzulagen.

## Die Beiträge

betragen bis zu einem Wochenlohn von 300 M. 4 M., bis 420 M. 6 M., bis 540 M. 8 M. usw. Den Verwaltungsstellen sollen je nach ihrer Größe 10—20 Proz. verbleiben. Die Lohnbewegungsrisiken bzw. ihre Verteilung beim Hauptvorstand wurden bedeutend ermäßigt. Die Wahlen ergaben, da Krause eine Wiederwahl energisch ablehnte, folgendes: Hensel-Berlin, 1. Vorsitzender, Weil-Frankfurt a. M., Redakteur, Liedler-Berlin, Kassierer. Der Ausschuss bleibt in Hamburg, die Brechkommision wurde abgelehnt, ebenso einen Beirat zu wählen. — Der nächste Verbandstag soll 1925 stattfinden.

## Briefkasten der Redaktion.

Julia W. Die Klage ist beim Landgericht 1 Berlin einzureichen, da Ihr Mann die Reichsangehörigkeit verloren haben dürfte. — Wit-Geselle D. 74. Die Vermögenssteuer legt erst mit dem Jahre 1928 ein. Sie sind nicht steuerpflichtig. — W. R. 77. 1. Handwerkskammer in Göttingen. 2. Wenden Sie sich zunächst an den früheren Vorstehenden des Bundes.

Weinbrand, Liköre  
**Landauer & Mackhoff**  
Heilbronn a. N. Gegr. 1861

Vertreter: Karl Kast, Potsdam, Bismarckstr. 3. Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366. — Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburger Straße 20. Fernsprecher: Amt Pflanzburg Nr. 3400.

für Herren- u. Damen-Bekleidung  
besize Fabrikale, große Auswahl, Verkauf motorwelo  
**Stoffe Koch & Seeland**  
Gertraudenstraße 20-21.

